

Keine Alternative für Beschäftigte

AfD-Positionen unter der Lupe



Vorwort	Warum diese Broschüre?	4
Einleitung	Zwischen Provokation und Grenzverschiebung des Sagbaren: Die Medien- und Kommunikationsstrategie der AfD	7
Positionen der AfD	Staat und Steuern: Mehr Wettbewerb und Steuergeschenke für Reiche und Unternehmen	12
	Arbeit, Rente, Arbeitsmarktpolitik: Mehr arbeiten, weniger Sicherheit	17
	Verdeckte Wahlwerbung und intransparenter Wahlkampf: Die Finanzen der AfD	22
	Bildungspolitik: Uneingeschränktes Leistungsprinzip	24
	AidA, AVA und ALARM: Gewerkschaftsfeindliche Arbeitnehmerorganisationen in der AfD	26
	»Hingehen, wo es weh tut.« Eine rechte bis rechtsextreme Kampagne will sich auf die Betriebsratswahlen konzentrieren	29
	Europapolitik: Europafeindlichkeit zu Lasten der Beschäftigten	32
	Familienpolitik: Programm der Ausgrenzung und Diskriminierung	34
	Gleichstellungspolitik: Zurückdrängung der Frauen aus der Arbeitswelt	37
Handlungs- empfehlungen	Für ein solidarisches Miteinander aller in Betrieb und Gesellschaft – Was kann ich tun?	40
	Gewerkschaften und AfD – Positionen auf einen Blick	42

Warum diese Broschüre?

*»Man kann nicht ewig
wie ein Stück Vieh
leben!«*

Diese Worte verwandte der Herausgeber der sozialistischen Arbeiterzeitung, August Spies, in seiner Rede auf einer Arbeiterdemonstration am 4. Mai 1886 auf dem Heumarkt in Chicago.

Zentrale Forderung des Streiks war eine Reduzierung der täglichen Arbeitszeit von zwölf auf acht Stunden. Spies stammte aus der Rhön, der Sohn einer Försterfamilie wanderte aus wirtschaftlichen Gründen in die USA aus. Alle Flugblätter, die zur Demonstration aufriefen, waren zweisprachig (Englisch und Deutsch), denn die amerikanische Arbeiterbewegung wusste, dass man die neu zugezogenen Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland einbinden musste, damit sie sich nicht als Streikbrecher einsetzen ließen.

1887 wurden Spies und weitere drei Mitstreiter zum Tode verurteilt, weil sie für eine Bombenexplosion verantwortlich gemacht wurden. In Erinnerung an die Opfer die-

ses Justizskandals und ihren Kampf wurde 1890 zum ersten Mal in vielen Teilen der Welt der 1. Mai als »Protest- und Gedenktag« der Arbeiterbewegung begangen.

Dieses Beispiel verdeutlicht, dass Gewerkschaften sich seit ihrer Gründung im 19. Jahrhundert als internationalistisch ausgerichtete Organisationen begreifen, die konsequent für die Interessen aller abhängig Beschäftigten streiten.

Aus ihrer eigenen leidvollen Geschichte wissen Gewerkschaften zudem, dass die Ausschaltung der freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 eine der ersten Aktionen der Nationalsozialisten nach der Machterlangung war.

Darum ist das konsequente Engagement gegen rassistische und neonazistische Positionen und das Streiten für eine solidarische Gesellschaft für viele Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschaftler selbstverständlich.

Dass Gewerkschaften und ihre engagierten Mitglieder nicht zuletzt deshalb zu einem der An-

griffsziele der AfD wurden, ist nicht überraschend. So bezeichnete die AfD-Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch ver.di als eine »offizielle Verbrecherorganisation«. Engagierte Gewerkschaftsmitglieder und Betriebsräte wurden mehrfach als »Gesinnungswächter« diffamiert.

Mit dieser Broschüre wollen wir zeigen, warum Positionen der AfD, die aus einer Mischung aus neoliberaler Wirtschaftspolitik und völkischer Interessenpolitik bestehen, nicht mit gewerkschaftlichen Positionen vereinbar sind:

Gewerkschaften fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine verfassungsgemäße Ausweitung der Erbschaftssteuer – die AfD fordert deren Abschaffung.

Gewerkschaften stritten vehement für die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns – die AfD war vehement dagegen und nannte den Mindestlohn ein »Jobkiller-Gesetz«.

Gewerkschaften stehen für ein inklusives Schulsystem mit Bil-

dungschancen für alle – die AfD fordert, in der Bildung müsse »uneingeschränkt das Leistungsprinzip« gelten.

Trotz dieser grundlegenden Unterschiede in den Positionen haben bei den zurückliegenden Wahlen auch viele Gewerkschaftsmitglieder ihr Kreuz bei der AfD gemacht.

Laut der von der Hans-Böckler-Stiftung veröffentlichten Studie »Einstellungen und soziale Lebenslage« war die Motivation dabei weniger die Zustimmung zur AfD als vielmehr die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden. Viele Menschen fühlen sich politisch nicht ausreichend vertreten, nehmen staatliche Institutionen nicht als handlungsfähig wahr und fürchten eine weitere Entgrenzung und größere Unsicherheiten am Arbeitsplatz.

Auch Gewerkschaften kritisieren in vielen Punkten die herrschende Politik, fordern aber einen grundlegen-

den Richtungswechsel hin zu mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt und zu guter Arbeit für alle, und sie fordern einen Staat, der finanziell so ausgestattet ist, dass er seinen umfangreichen sozialen Aufgaben nachkommen kann.

Die Ergebnisse der erwähnten Studie lassen sich auch als Auftrag interpretieren, demokratische Mitbestimmung in der Arbeitswelt ernst zu nehmen. Vor diesem Hintergrund erhält die alte gewerkschaftliche Forderung »Demokratie endet

nicht am Werkstor!« noch größere Bedeutung. Tausende von Betriebsratsangehörigen machen einen guten Job und streiten mit Unterstützung der Gewerkschaften engagiert für die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen – oftmals unter schwierigen Bedingungen und gegen den Druck von der Geschäftsleitung.

Sie sind damit eine wesentliche Stütze einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft. Eine tarifvertragliche Absicherung und eine gute betriebliche Vertretung, die nicht spaltet, sondern ver-



sucht, das gemeinsame Interesse aller Beschäftigten in den Blick zu nehmen, ist in diesem Sinne eine aktive Arbeit gegen rechte Vereinfachungen und Schuldzuweisungen.

Eine klare Haltung im Betrieb und am Arbeitsplatz mit starken Interessenvertretungen ist umso wichtiger, da die AfD im Verbund mit anderen rechten Kräften versucht, ihre nationalistischen »Lösungsvorschläge« auch in die Betriebe zu tragen. Unter dem Slogan »Patrioten schützen Patrioten« werden Beschäftigte aufgefordert, antigewerkschaftliche Listen für die

Betriebsratswahl 2018 zu organisieren.

Mit der vorliegenden Broschüre wollen wir allen Interessierten in kompakter Form aufzeigen, was die AfD insbesondere bei gewerkschaftlichen Kernthemen fordert und welche fatalen Konsequenzen eine Umsetzung dieser Forderungen hätte.

Wir hoffen, damit jene Kolleginnen und Kollegen argumentativ zu unterstützen, die gemeinsam mit uns der versuchten gesellschaftlichen und betrieblichen Spaltung durch die AfD etwas entgegenzusetzen möchten.

Jörg Köhlinger

Bezirksleiter
IG Metall Bezirk Mitte

Corinna Hersel

ver.di Thüringen

Melanie Pohner

DGB-Bildungswerk
Thüringen e.V.

Zwischen Provokation und Grenzverschiebung des Sagbaren: Die Medien- und Kommunikationsstrategie der AfD

Der Vorsitzende der Thüringer AfD-Landtagsfraktion, Björn Höcke, bilanzierte in einem Vortrag im November 2017 die Entwicklung der völkischen Bewegung in den letzten Jahren. Er stellte fest, der eigene Erfolg sei »nicht zuletzt dem Faktor zu verdanken, der nicht einmal politischer, sondern technologischer Natur ist, ich spreche vom Internet«, und direkt ans Publikum gewandt:

»Wir wissen, ohne die seit über 20 Jahren andauernde Internetaufklärung säßen wir hier heute nicht zusammen.« Zu ähnlichen Befunden kommt die Süddeutsche Zeitung. Sie hält am 2. Mai 2017 fest: »Ohne Facebook wäre der Aufstieg der AfD so nicht möglich gewesen.« Doch was ist das Besondere an der Kommunikationsstrategie der AfD in den sozialen Netzwerken?

Die Zahlen

Die AfD hat seit ihrer Gründung im Jahr 2013 konsequent auf soziale Medien zur Verbreitung ihrer Positionen gesetzt. Bereits die Vorgängerorganisation, die Wahlalter-

native 2013, startete im Netz. Dies hatte den Vorteil, mit einer geringen Personenzahl und wenigen finanziellen Mitteln eine gewisse Reichweite zu erzielen. Der Strategie, für die Verbreitung der eigenen Botschaften voll aufs Internet zu setzen, ist die AfD bis heute treu geblieben.

Auch wenn Zahlen mit Vorsicht zu genießen sind, weist die AfD unter allen im Bundestag vertretenen Parteien die meisten virtuellen Unterstützerinnen und Unterstützer auf: Mit rund 380.000 »Gefällt mir«-Angaben hat die offizielle Facebook-Seite der AfD mehr als doppelt so viele »Likes« wie die SPD oder die CDU, die Facebook-Seite der Thüringer AfD wird immerhin rund 22.000 Mal »gemocht«.

Glaubt man der Trendstudie »digital campaigning« zur Bundestagswahl 2017, so erreichte die AfD in der Wahlkampfphase mit ca. 1,6 Millionen Interaktionen gut 44 Prozent aller Interaktionen mit politischen Parteien im Netz.

Kritik am »Mainstream«

Die Aktivitäten in den sozialen Medien begründet die AfD auch mit einer Kritik an den konventionellen Medien. Sowohl der öffentlich-rechtliche Rundfunk als auch die Printmedien seien von oben gesteuert, von »Systempresse« oder »Lückenpresse« ist die Rede. Deshalb möchte die AfD dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk am liebsten die Finanzierungsgrundlage entziehen und die GEZ-Gebühren abschaffen.

Die Presse ist in diesen Denkmustern nicht »vierte Gewalt« im Staat, sondern Mittel der Herrschenden zur systematischen Verleumdung. Themen würden bewusst unterdrückt, es gebe eine »linke Gesinnungsdiktatur«, so der Vorwurf. Dabei fährt die AfD im Umgang mit der Presse eine Doppelstrategie:

Auf der einen Seite stilisiert sie sich als Opfer, das von den Medien totgeschwiegen oder verzerrt dargestellt wird. Auf der anderen Seite nutzt sie jede Gelegenheit, in Talkshows ihre Themen provokant zu setzen –

» Auf der einen Seite stilisiert sie sich als Opfer, das von den Medien totgeschwiegen wird. Auf der anderen Seite nutzt sie jede Gelegenheit, in Talkshows ihre Themen zu provokant zu setzen.

» Über Armut und Ungleichheit wurde im gleichen Zeitraum nur sechs Mal debattiert.

und das mit großem Erfolg: Eine Analyse von 204 Sendungen der fünf relevantesten politischen Talkshows von ARD und ZDF im Zeitraum Oktober 2015 bis Anfang März 2017 ergab, dass über den Themenkomplex Flüchtlinge, Islam, Terror/IS, Populismus/Extremismus insgesamt über 90 Mal geredet wurde. Zum Vergleich: Über Armut und Ungleichheit wurde im gleichen Zeitraum nur sechs Mal debattiert.

Themen wie NSU, Rassismus und rechte Gewalt wurden jeweils nur in einer Sendung behandelt, der Klimawandel kam überhaupt nicht vor. Wenn sich Vertreterinnen und Vertreter der AfD da noch beschwerten, mit ihren Themen nicht gehört zu werden, leiden sie entweder unter massivem Realitätsverlust oder schüren absichtlich Vorbehalte gegen Medienschaffende.

Auch der eigene Umgang mit der Presse ist doppelzüngig: Abstrakt verteidigt die AfD die Presse- und Redefreiheit gegen ein angebliches Meinungsdictat, bei eigenen öffentlichen Veran-

staltungen entscheidet sie jedoch sehr willkürlich, welche Journalistinnen und Journalisten Zugang erhalten und welche ausgeschlossen werden.

Gemeinsamkeiten der AfD mit den Massenmedien

Ungeachtet der Kritik der AfD an den Medien gibt es zahlreiche Übereinstimmungen zwischen der Kommunikationsstrategie des Rechtspopulismus und den Massenmedien: Personalisierung, Emotionalisierung, Dramatisierung und eine Tendenz zu Eskalation und kalkuliertem Skandal sind beiden eigen. Dafür eignen sich soziale Medien besonders gut. Hier geht es oft genug nicht um den Austausch von Argumenten oder Fakten, sondern um die Verstärkung von Gefühlen wie Wut oder Angst.

Zudem waren wichtige Personen der AfD früher selbst für genau jene Medien tätig, die sie heute kritisieren: AfD-Mitgründer Konrad Adam war 21 Jahre lang Feuilletonredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) und danach über sechs Jahre lang Chefkor-

respondent der vom Springer-Verlag herausgegebenen Tageszeitung Die Welt. AfD-Bundessprecher Alexander Gauland war 14 Jahre lang Herausgeber der Märkischen Zeitung. Der Pressesprecher der AfD im Sächsischen Landtag, Andreas Harlaß, war 20 Jahre lang Redakteur bei der Bild-Zeitung in Dresden, zuvor arbeitete er als Redakteur bei der sächsischen Morgenpost und beim Privatrado PSR.

Politik der provokanten Nadelstiche

In dem internen AfD-Papier »Manifest 2017« offenbart die AfD ganz unverblümt ihre Kommunikationsstrategie: »Die AfD muss – selbstverständlich im Rahmen und unter Betonung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Landes – ganz bewusst und ganz gezielt immer wieder politisch inkorrekt sein, zu klaren Worten greifen und auch vor sorgfältig geplanten Provokationen nicht zurückschrecken.« Ziel sei es, die politischen Gegner zu provozieren (»Je nervöser und je unfairer die Altpar-

teilen auf Provokationen reagieren, desto besser.«) und die Grenze des Sagbaren zu verschieben. So formulierte es auch der Thüringer Landesvorsitzende Björn Höcke gegenüber dem FAZ-Journalisten Justus Bender auf einem Bundesparteitag. Der Journalist Peter Weissenburger reagierte auf die täglichen Medienberichte: »Und täglich vergreift sich die AfD im Ton. Vergreift sich? Oder greift bewusst daneben?«

Zur konkreten Umsetzung dieser Strategie setzt die AfD überwiegend auf so genannte Sharepics: Bilder, die in sozialen Netzwerken leicht geteilt werden können, und die neben einem thematischen, oft provozierenden Bild einen provokanten, reißerischen Spruch in Form eines Zitates oder einer Behauptung beinhalten. Die Grundlage bilden hier nicht selten aus dem Zusammenhang gerissene Aussagen oder Informationen aus parlamentarischen Anfragen. Gerne nutzen

vor allem Abgeordnete oder bekannte Parteimitglieder diese Art von Sharepics oder einfache Kommentare für provokante Aussagen.

Diese werden dann von politisch Andersdenkenden oder Medienschaffenden aufgegriffen und kritisiert. Damit ist die Provokation gelungen und die überregionale Berichterstattung gesichert. Sollte die Kritik zu heftig werden, rudert die AfD halbherzig zurück.

Immer wieder finden sich dabei auch Anspielungen auf den Nationalsozialismus. So bewarb die AfD Thüringen eine Demonstration zum 1. Mai

2017 mit der Silhouette eines Mannes, der an seiner charakteristischen Mützenform unschwer als SA-Mann zu erkennen war. Andreas Harlaß von der AfD in Sachsen postete einem Artikel der Frankfurter Rundschau zufolge auf seinem privaten Facebook-Profil das Foto eines so genannten Julleuchters, wie ihn die SS benutzte. Auch mit Gewaltbildern wird immer wieder kokettiert. So postete Stephan Brandner, AfD-Bundestagsabgeordneter für Thüringen, in der Vergangenheit ein Bild von einer Stahlzille mit der Bildüberschrift »Neuerwerb« oder er twitterte

» Je nervöser und je unfairer die Altparteien auf Provokationen reagieren, desto besser.



» Im Netz wird das geteilt, was ins eigene Weltbild passt.

ein Bild mit einer Machete und dem Kommentar »Warten auf die Antifa«.

Gefangen in der Echo-kammer

Spätestens seit dem US-Präsidentschaftswahlkampf 2016 ist klar, welche Bedeutung soziale Medien für die politische Meinungsbildung haben. Entgegen der Annahme, dass durch das Internet eine umfassende und plurale Meinungsbildung möglich sei, zeigen Untersuchungen, dass sich politische Einstellungen durch die Informationen aus sozialen Netzen eher verstärken und Perspektiven verengen.

Im Netz wird das geteilt, was ins eigene Weltbild passt. Expertinnen und Experten sprechen vom so genannten Echo-kammer-Effekt. Die von Facebook & Co. auf persönliche Vorlieben zugeschnittenen Nachrichten verstärken dies. In einer großangelegten Datenrecherche konnte die Süddeutsche Zeitung belegen, dass die geteilten und konsumierten Inhalte des AfD-Umfelds sehr viel beschränkter als bei anderen Parteien sind: »Die

AfD-Sphäre ist thematisch umgrenzt und inhaltlich abgeriegelt. Bei AfD-nahen Nutzern steuerten starke Einstellungen das Auswahlverhalten bei der Informationssuche«, so die Autorinnen und Autoren.

Diese thematische und perspektivische Einschränkung nimmt die AfD jedoch nicht nur hin, sie scheint sie auch systematisch zu befördern, indem sie die Leserinnen und Leser ihrer Seiten regelrecht von den Meinungen Andersdenkender abschirmt. Eine Datenanalyse der Twitter-Aktivitäten der AfD zeigt auf, wie die Reichweite von Stellungnahmen von offiziellen AfD-Accounts durch das Weiterleiten durch nicht offizielle Unterstützeraccounts verstärkt wird.

Dabei bleibt bewusst unklar, wer dahinter steckt. Nutzerinnen und Nutzer, die abweichende Kommentare äußern, werden rasch gesperrt. So »schützt« man die eigenen Leserinnen und Leser vor der Auseinandersetzung mit anderen Positionen. Der Tagesspiegel bezeichnet dies als eine »undurchsichtige, aber effektive Social-

Media-Strategie der AfD«. Der Medienwissenschaftler Bernd Gäbler stellt zusammenfassend fest, dass es das Ziel der AfD sei, eine eigene Zielgruppe zu festigen und diese durch eigene, ungefilterte Medien zu bearbeiten. Twitter sei eine Art Volksempfänger für die AfD.

Auch hierin liegt für die AfD ein Grund für die Ablehnung der konventionellen Medien, denn viele seriöse Medien versuchen, Behauptungen rechtspopulistischer Seiten zu überprüfen. So haben die Tagesschau und auch einige Printmedien einen Faktencheck eingeführt, mit dem Gerüchte und Behauptungen auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden – oft mit dem Ergebnis, dass sie nicht stimmen.

Ein Beispiel:

Wie schwierig der Umgang mit der AfD-Medienstrategie sein kann, zeigt eine Demonstration der Siemens-Beschäftigten in Erfurt.

Über 1.200 Menschen beteiligten sich am 21. November 2017 in Erfurt an einem Schweigemarsch, mit dem gegen den drohenden Verkauf des Siemens-Werks demonstriert werden sollte. Der Betriebsrat hatte gemeinsam mit der IG Metall zu den Protesten aufgerufen. Mit dabei waren auch einige ungebetene Gäste: Mitglieder der AfD-Landtagsfraktion in Thüringen.

Der AfD-Abgeordnete Thomas Rudy hatte zwar

zuvor noch in einer Sitzung des Parlaments festgestellt: »Letztlich handelt es sich um eine unternehmerische Entscheidung, wenn Siemens bis zu elf der weltweit 23 Standorte von Power and Gas schließen und verkaufen wird.« Dennoch war die AfD zu Beginn der Demonstration präsent. Rasch wurden Fotos gemacht, die suggerierten, AfD-Politikerinnen und -Politiker mit entsprechenden Regenschirmen und einem Schild seien die ganze Zeit über in der ersten und zweiten Reihe mitgelaufen.

Schnell tauchte im Netz die Behauptung auf, dass die Gewerkschaft IG

Metall mit Björn Höcke und seinen Anhängern sympathisieren würde. Die Gewerkschaft widersprach dem in einer Pressemitteilung am nächsten Tag entschieden: »Gegen den Willen der Anmelder und gegen die Interessenlage der Siemens-Beschäftigten haben sich auch AfD-Politiker medienwirksam mit Symbolen ihrer Partei unter die Demonstranten gemischt«, heißt es darin. Dennoch dürfte die Klarstellung nicht alle erreicht haben und der AfD gelang es zum Teil, die Aufmerksamkeit vom eigentlichen Inhalt der Demonstration auf sich selbst zu lenken.



Staat und Steuern: Mehr Wettbewerb und Steuergeschenke für Reiche und Unternehmen

» Dem Staat drohen damit massive Einnahmeausfälle und deutlich weniger Geld für Infrastruktur oder Sozialausgaben.

Seit Gründung der AfD ist die Steuerpolitik eines ihrer Schwerpunktthemen. Im Mittelpunkt steht, Unternehmen und Besserverdienende steuerlich zu entlasten und im Gegenzug sozialpolitische Aufgaben zurückzufahren.

Deutlich wird dies an einem der Kernpunkte der Partei: der Reform der Einkommenssteuer. Die Einkommenssteuer ist eine der wichtigsten Finanzierungsquellen des Staates und für rund ein Drittel der Staatseinnahmen verantwortlich. 2015 beliefen sich die Einnahmen aus der Einkommenssteuer auf 178 Milliarden Euro, sie lieferten damit einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung von gesellschaftlichen Aufgaben wie Soziales, Gesundheit oder Bildung.

Bislang erfolgt die Besteuerung von Einkommen progressiv: Wer höhere Einkommen hat, wird auch höher belastet. Die Idee dahinter ist einfach: Starke Schultern sollen eine größere Last tragen als schwache. Der höchste Einkommenssteuersatz liegt derzeit bei 45 Prozent und gilt für Einkom-

men ab 254.446 Euro pro Jahr.

Bereits in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 forderte die AfD »eine drastische Vereinfachung des Steuerrechts« und bekannte sich zum ‚Kirchhof’schen Steuermodell‘. Diesem Kurs blieb die Partei auch in den 2015 veröffentlichten politischen Leitlinien treu. »Hierzu müssen die zahlreichen Ausnahmetatbestände gestrichen werden, wie es schon das Kirchhof’sche Steuermodell vorsah«, heißt es im Text der politischen Leitlinien. Auch die damalige Parteivorsitzende Frauke Petry machte sich früh für ein neues Stufenmodell der Besteuerung stark: »Unser Konzept ist angelehnt an die Ideen von Paul Kirchhof«, bekannte Petry im Interview mit der Thüringischen Landeszeitung am 28. August 2013.

Das Steuermodell nach Kirchhof präsentiert sich als Vereinfachung des Steuersystems. Tatsächlich handelt es sich aber um ein Steuersparmodell für Unternehmen und Reiche. Das vom

ehemaligen Verfassungsrichter Paul Kirchhof 2003 vorgestellte Modell sieht vor, die progressive Besteuerung von Einkommen abzuschaffen und durch ein Stufenmodell mit 15 %, 20 % und 25 % Besteuerung zu ersetzen.

Niedrige Einkommen zwischen 10.000 und 20.000 Euro sollen dabei mit 15-20 % besteuert werden. Für alle darüber liegenden Einkommen soll ein Spitzensteuersatz von 25 % gelten, auch für Unternehmen und Kapitaleigner – egal, ob es sich um 25.000 Euro oder 500.000 Euro Jahreseinkommen handelt. Dafür soll die Körperschafts- und Gewerbesteuer abgeschafft werden. Dem Staat drohen damit massive Einnahmeausfälle und deutlich weniger Geld für Infrastruktur oder Sozialausgaben.

Der DGB lehnt einen Stufentarif als sozial ungerecht ab. In den steuerpolitischen Eckpunkten des DGB zur Bundestagswahl 2017 heißt es dazu: »Die Lohn- und Einkommensteuer ist konsequent am Maßstab der Steuergerechtigkeit auszurichten. Die Steuerpflichtigen

sollen nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Der Einkommensteuertarif ist daher progressiv zu gestalten, so dass höhere Einkommen nicht nur in absoluten Beträgen, sondern auch relativ, prozentual zum Einkommen, höher besteuert werden.« Dies ist das Gegenteil von dem, was die AfD fordert.

Einigen AfD-Spitzenpolitikerinnen und -politikern gehen die Forderungen ihrer Partei noch nicht weit genug, sie wollen die direkte steuerliche Entlastung von Unternehmen und Spitzenverdienerinnen und -verdienern.

»Der Spitzensteuersatz ist hoch genug«, meint etwa die stellvertretende Bundesvorsitzende Beatrix von Storch. Auch dies widerspricht den Vorstellungen der Gewerkschaften. In den steuerpolitischen Eckpunkten des DGB steht dazu, dass es »im Interesse einer leistungsgerechten Besteuerung einerseits darauf an[kommt], den Spitzensteuersatz zu erhöhen. Ebenso wichtig ist es andererseits auch, dass ein erhöhter Spitzen-

steuersatz erst bei einem deutlich höheren Einkommen ansetzt.«

Im Grundsatzprogramm der Partei verknüpft die AfD ihre Pläne zur Umstrukturierung der Einkommenssteuer mit der Forderung nach Überprüfung der Gewerbesteuer und einem höheren Steuergrundfreibetrag.

Neben der Umlage aus der Einkommenssteuer, die sich durch die Steuerpläne der AfD drastisch reduzieren würde, ist die Gewerbesteuer die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen. Ihre Abschaffung würde die finanziellen Nöte vieler Städte und Gemeinden weiter erhöhen. Die AfD entzöge damit den Kommunen ihre Finanzmittel.

Konsequenz wäre, dass viele Gemeinden und Städte ihre kommunalen Aufgaben nicht mehr wahrnehmen könnten. Kürzungen in der Jugend- und Sozialarbeit, bei der Unterstützung von Vereinen und bei Pflege- und Kinderbetreuungseinrichtungen wären die Folge.

Gleichzeitig mit der finanziellen Austrocknung der Gemeinden und

Städte will die Partei auch den Haftungsverbund zwischen Bund, Ländern und Kommunen beseitigen. Bisher konnten überschuldete Städte und Gemeinden auf die Unterstützung von Land und Bund vertrauen.

Geht es nach den Vorstellungen der AfD, sollen künftig auch Kommunen und Bundesländer insolvenzfähig werden. Dies hätte sowohl für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst als auch für die betroffene Bevölkerung verheerende Auswirkungen. Ginge eine Kommune pleite, müsste sie sämtliche kommunalen Aufgaben einstellen. Innerhalb kürzester Zeit würden regionale Wirtschaft und öffentliches Leben lahm liegen.

Besitzende großer Vermögen entlasten

Neben der Abschaffung der progressiven Einkommenssteuer gehört die Abschaffung der Vermögens- und der Erbschaftsteuer zu den weiteren Kernelementen der AfD-Steuerpläne. Auch hier profitieren vor allem Erbinnen und Erben sowie Besitzerinnen und Besitzer

» Der Spitzensteuersatz ist hoch genug, meint etwa die stellvertretende Bundesvorsitzende Beatrix von Storch.

» Tatsächlich sind allein im Jahr 2014 der Staatskasse durch die Erhebung der Erbschaftssteuer 5,5 Milliarden Euro zugeflossen.

großer Vermögen. Die Vermögenssteuer ist derzeit ausgesetzt und wird nach einem Beschluss der damaligen Bundesregierung seit 1997 nicht mehr erhoben. Die AfD fordert nun deren gänzliche Abschaffung, während der DGB für eine Wiedererhebung der Vermögenssteuer eintritt.

Auch die Erbschaftssteuer ist im Visier der AfD. Von ihrer Abschaffung würden vor allem die Erbinnen und Erben großer Vermögen profitieren, da in Deutschland hohe Freibeträge bei Erbschaften und großzügige Ausnahmeregelungen zum Beispiel für Familienunternehmen und landwirtschaftliche Betriebe gelten. Im Mittelpunkt der AfD-Agitation steht die vermeintliche »Leistungsfeindlichkeit« der Erbschaftssteuer.

Mario Berger, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, kritisiert eine angebliche »linksrotgrüne Neidpolitik, die es offenbar nicht ertragen kann, dass es Bürger mit Vermögen gibt« und fordert daher eine Abschaffung der Erbschaftssteuer.

Der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen meint: »Die Erbschaftssteuer ist nicht nur in der heutigen Ausgestaltung verfassungswidrig. Sie ist in egal welcher Ausgestaltung leistungsfeindlich, weil sie bereits versteuerte Einkommenserzielung erneut belastet.«

Auch in das Grundsatzzprogramm der AfD hat die Forderung nach der Abschaffung der Erbschaftssteuer Eingang gefunden. Dort heißt es: »[D]er Verwaltungsaufwand für ihre Erhebung ist überproportional hoch als auch ihr Ertrag für die Staatseinnahmen nur marginal.«

Der DGB will hingegen eine verfassungskonforme Trendwende bei der Erbschaftssteuer. In seinen steuerpolitischen Eckpunkten zur Bundestagswahl 2017 hält er fest:

»Um die Lasten gerecht zu verteilen, sollten die bisherigen Steuerprivilegien für sehr hohe Vermögen, Einkommen und Erbschaften beseitigt und mit den erzielten Mehreinnahmen gesellschaftlich sinnvolle Aufgaben finanziert werden.« Tatsächlich sind allein im Jahr 2014 der Staatskasse durch die

Erhebung der Erbschaftssteuer 5,5 Milliarden Euro zugeflossen.

Steuerpolitischer Klientelkurs zu Lasten der Allgemeinheit

Zum steuerpolitischen Klientelkurs der AfD passt die Forderung nach »Wiederherstellung des Bank- und Steuergeheimnisses«. Laut der Partei hätte die Bundesregierung »das Steuer- wie auch das Bankgeheimnis faktisch aufgehoben«. Dabei spielt sie auf Abkommen zum Austausch von Steuerdaten mit anderen Staaten an, durch das Steuerhinterziehende leichter dingfest gemacht werden können. Würden die Vorschläge der AfD Realität, würde das die Ermittlungen gegen Steuersünderinnen und -sünder erheblich erschweren.

Weiterhin fordert die AfD eine Steuer- und Ausgabenbremse im Grundgesetz und eine Obergrenze für alle Steuern und Sozialabgaben. Dass ihre Politik der Steuererleichterungen für Unternehmen und Vermögende dazu führt, dass der Staat seinen Aufgaben nicht mehr im bisherigen Maß nach-

kommen kann, ist der Partei bewusst: »Wir wollen die staatliche Macht über den Bürger begrenzen. Dazu ist es erforderlich, die Staatsaufgaben zu reduzieren und den finanziellen Staatszugriff auf die Einkommen und Vermögen der Bürger zu reduzieren«, heißt es im Grundsatzprogramm der AfD.

Finanzieren will die AfD die Steuererleichterungen für Reiche durch die Einschränkung der staatlichen Aufgaben. Dabei folgt die Partei der neo-liberalen Logik einer umfassenden Privatisierung staatlicher Infrastruktur und der Zerschlagung gesetzlicher Sicherungssysteme. Ziel ist der Rückzug des Staates auf allen Ebenen.

So liest sich das verabschiedete wirtschaftspolitische Programm teilweise wie ein Wunschzettel von Arbeitgeberverbänden.

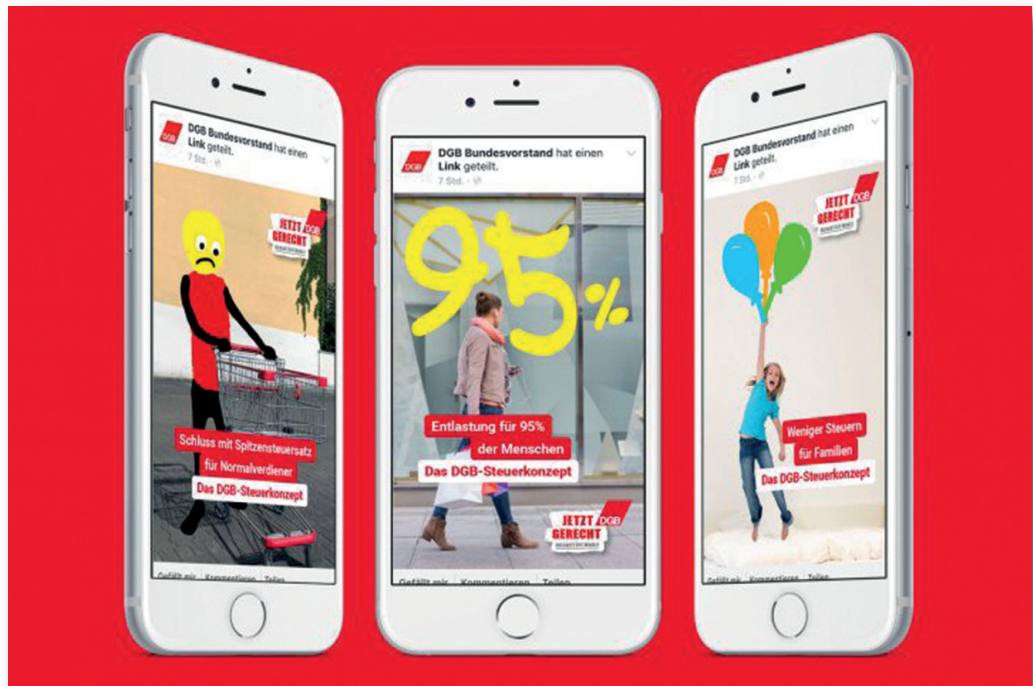
Bereits in der Einleitung des ersten Kapitels des Grundsatzprogramms, das

mit »Demokratie und Grundwerte« überschrieben ist, beklagt die Partei, dass »der öffentliche Sektor über sachgerechte Grenzen hinausgewuchert« sei. Im weiteren Verlauf heißt es: »Nur ein schlanker Staat kann daher ein guter Staat sein.« Die »ständige, vielfach ideologiegetriebene Expansion der Staatsaufgaben [ist an] finanzielle und faktische Grenzen« gestoßen.

Die Aufgaben des Staates will die AfD »auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und

Finanzverwaltung« beschränken. Wie dies konkret auszusehen hat, wird im wirtschaftspolitischen Kapitel beschrieben:

Statt einer »staatlichen Planwirtschaft«, die sie derzeit am Werke sieht, soll der Staat »Eigentum, Eigenverantwortlichkeit und freie Preisbildung« garantieren. »Der Schutz des Privateigentums ist dabei genauso unentbehrlich wie offene Märkte, Vertragsfreiheit und ein freier Wettbewerb mit entsprechender Wettbewerbspolitik und Monopolkontrolle.«



» AfD setzt auf umfassende Privatisierung: »Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle.«

Der verbliebene Minimalstaat soll auf die Aufgabe der Bereitstellung kostenloser Infrastruktur für Unternehmen und auf die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit zurückgeworfen werden.

Ansonsten hat er nach Einschätzung der AfD dem Markt freien Lauf zu lassen und darf nicht in die Wirtschafts- oder Sozialbeziehungen eingreifen. Gesundheits-, Arbeitsmarkt-, Wohnungsbau- oder Sozialpolitik sind für die AfD keine relevanten staatlichen Aufgaben. Hier setzt die Partei auf eine umfassende Privatisierung: »Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle«, heißt es im Grundsatzprogramm.

Daher will sie prüfen, »inwieweit vorhandene staatliche Einrichtungen durch private oder andere Organisationsformen ersetzt werden können«.

Fazit

Die AfD steht für eine weitere Umverteilung von unten nach oben. Die Steuererleichterung für Unternehmen und Vermögende soll durch Einschränkungen staatlicher Maßnahmen finanziert werden.

Während von der Entlastung bei der Einkommens-, Gewerbe-, Erbschafts- und Vermögenssteuer vor allem die Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen und Vermögende profitieren, sollen die lohnabhängig Beschäftigten durch die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und dem Rückbau der sozialen Sicherungssysteme die Zeche dafür bezahlen.

Arbeit, Rente, Arbeitsmarktpolitik: Mehr arbeiten, weniger Sicherheit

In der Renten- und Arbeitsmarktpolitik verfolgt die AfD den Kurs einer radikalen neoliberalen Umstrukturierung und Deregulierung.

Sie fordert in ihrem Grundsatzprogramm eine Kopplung der Lebensarbeitszeit an die Lebenserwartung, mithin eine deutliche Erhöhung des Renteneintrittsalters. Besonders betroffen von der strikten Kopplung von Lebensarbeitszeit und Lebenserwartung wären prekär Beschäftigte mit geringen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen. Ihre Lebenserwartung liegt unter dem Durchschnitt.

Mit der Forderung nach einer Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung liegt die AfD auf Linie der Arbeitgeberverbände, die bereits seit Jahren für eine solche Verknüpfung werben. »Wenn Menschen eines Tages 100 werden, würde sich rein theoretisch ein Renteneintrittsalter von 85 Jahren ergeben«, so Ulrich Grillo, Vize-Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie.

Betrachtet man die Aussagen zahlreicher Spitzenfunktionärinnen und -funktionäre der AfD zur Rentenpolitik, zeigt sich, dass vielen die im Grundsatzprogramm verankerten Pläne nicht weit genug gehen. Der Parteivorsitzende Jörg Meuthen fordert einen »Systemwechsel in der Rentenversicherung«. Er plädiert für ein Ende der gesetzlichen Rentenversicherung und fordert stattdessen eine »staatlich erzwungene private Vorsorge«. Zumindest die Parteiführung setzt also auf einen wesentlich umfassenderen Abbau der sozialen Sicherungssysteme als bisher im Grundsatzprogramm beschrieben.

»Job-Killer« Mindestlohn

Wie in vielen anderen Politikfeldern hat die AfD auch in der Arbeitsmarktpolitik keine Antworten auf die aktuell drängenden Fragen. Sämtliche ihrer arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen bleiben vage. Deutlich wird dies unter anderem beim allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Lange Zeit gehörte die AfD zu den entschiedensten Gegne-

rinnen einer allgemeinen Lohnuntergrenze.

Noch im April 2015 wetterte die damalige Vorsitzende Frauke Petry in einer Pressemitteilung, der Mindestlohn sei »neozölistisch«, ein »Job-Killer« und ein Ausdruck »realitätsferner Sozialromantik«. Geringqualifizierten und »Beschäftigten in den klassischen Trinkgeld-Branchen« drohe durch den Mindestlohn Arbeitslosigkeit und Armut.

Auch im Europawahlkampf 2013 positionierte sich die AfD gegen den gesetzlichen Mindestlohn. Er sei der »ökonomisch falsche Weg«, heißt es dazu im Wahlprogramm. Zur sozialen Absicherung von Geringverdienenden steht dort: »Ein gesetzlich festgelegter, flächendeckender Mindestlohn kann dies nicht leisten, da viele Menschen in prekären Arbeitsmarktsituationen nur wenige Stunden Arbeit haben.«

Zugleich forderte sie die Abschaffung des Mindestlohns in anderen EU-Ländern. »Ebenso verhindern dortige Mindestlohnregelungen den Zutritt von Berufsanfängern zum Arbeitsmarkt. Ohne entsprechende Reformen in

» Der Mindestlohn sei »neozölistisch«, ein »Job-Killer« und ein Ausdruck »realitätsferner Sozialromantik.«

» Es gibt Menschen, die arbeiten, aber dabei nicht jene Produktivität erreichen, die einem Mindestlohn von 8,50 Euro entspricht.

diesen Ländern bleiben auch europäische Hilfen ohne Wert«.

Noch kurz vor dem Stuttgarter Grundsatzprogrammparteitag im April 2016 sprach sich AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen »gegen jede soziale Vollkaskomentalität« aus und stellte fest, die AfD »könne nicht nur eine Partei der Geringverdiener und Arbeitslosen sein«.

Im dann verabschiedeten Grundsatzprogramm vollzog die Partei allerdings eine scheinbare Kehrtwende und sprach sich überraschend für den Mindestlohn aus. Diesen Kurswechsel nutzte die Partei allerdings zugleich zur rassistischen Stimmungsmache: Der Mindestlohn schütze »vor dem durch die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohndruck«, heißt es nun zur Begründung.

Dabei verschweigt die AfD, dass die Ausweitung des Niedriglohnsektors in den vergangenen 15 Jahren in keinerlei Zusammenhang mit dem verstärkten Zuzug Geflüchteter im Sommer 2015 steht, sondern Ergebnis einer neoliberalen

Umstrukturierung des Arbeitsmarktes war.

Das Grundsatzprogramm lässt jedoch sowohl die Höhe als auch die Ausgestaltung des Mindestlohns offen. Für die Gegner einer Lohnuntergrenze in der Partei bietet dies die Möglichkeit, ihren Kurs weiter zu verfolgen. So sprach sich die Thüringer Landtagsfraktion kurz vor dem Programmparteitag gegen eine Erhöhung des Mindestlohns aus. Auch Jörg Meuthen stellt den gesetzlichen Mindestlohn weiterhin in Frage: »Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass wir mehr differenzieren. Denn es gibt Menschen, die arbeiten, aber dabei nicht jene Produktivität erreichen, die einem Mindestlohn von 8,50 Euro entspricht. Da hielte ich es für besser, dass man nicht die einzelnen Betriebe zwingt, diesen Menschen trotzdem 8,50 Euro zu zahlen, sondern dass der Staat deren Lohn durch Zuschüsse aufstockt«.

Nicht nur beim Mindestlohn bleiben die Aussagen der AfD unklar und widersprüchlich. Auch die Themen Leiharbeit und

Werkverträge finden im Grundsatzprogramm der AfD keine Erwähnung, sehr wohl aber im Europawahlkampf: »Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen, wie beispielsweise das Entsendegesetz, sind weitgehend ausreichend«.

In einigen Landtagswahlprogrammen verurteilt die AfD den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen, so zum Beispiel im Landtagswahlprogramm für Baden-Württemberg:

»Leiharbeit soll reguläre Arbeitsverhältnisse ergänzen, nicht ersetzen. Wir setzen uns ein für eine sachgerechte Weiterentwicklung der bestehenden Regelungen zur Leiharbeit und für wirkungsvolle Kontrollen«. Zugleich wird aber auch die »Flexibilisierung des Arbeitsmarktes in Verbindung mit Entlastungen bei Steuern und Abgaben für Arbeitnehmer und Unternehmen« gefordert. Bewusst verschwiegen wird, dass eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes vor allem zu Lasten der betroffenen Beschäftigten erfolgt.

In Sachsen sprach sich die AfD in ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2014 gegen »Missbräuche in den Bereichen ›Zeitarbeit‹ und ›Werkvertrag‹« aus.

Ein Jahr später im Landtag plädiert sie in einer Pressemitteilung des sächsischen Fraktionsvorstandes von 2015 für das genaue Gegenteil und spricht von der »Zurückdrängung marktfremder merkel-sozialistischer Marktbürokratisierung« und schreibt weiter: »Die derzeitige Wirtschaftspolitik ist alles andere als Werbung für Unternehmensgründungen, beispielhafte Hemmnisse sind Mindestlohn, Entgeltgleichheitsgesetz und (Über-)Regulierungen bei der Zeitarbeit.«

Klare Konzepte zu den Themen Leiharbeit und Werkverträge sind von der Partei nicht zu erwarten.

Dies gilt auch für den Umgang mit Erwerbslosigkeit und insbesondere für die Zukunft des Arbeitslosengeldes II. So fordert die AfD in ihrem Grundsatzprogramm unter ande-

rem die Auflösung der Bundesagentur für Arbeit. Deren Aufgaben sollen stattdessen künftig von den kommunalen Jobcentern übernommen werden.

Im Gegensatz zu den kommunalen Jobcentern ist die Bundesagentur bisher für die Verwaltung der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung zuständig.

Mit der Auflösung der Bundesagentur ist auch die Arbeitslosenversicherung in ihrer bisherigen Form gefährdet. »Wer die Bundesagentur für Arbeit auflöst, beendet damit auch die bisherige Arbeitslosenversicherung«, so Johannes Jakob, Arbeitsmarktexperte des DGB. Zudem werden so weitere Aufgaben vom Bund an die Kommunen übertragen, ohne dass diese finanziell

besser ausgestattet werden. Die Kommunen werden so künftig bei der Vermittlung von Erwerbslosen alleine gelassen.

Zur Zukunft des Arbeitslosengeldes II kursieren in der Partei verschiedene Konzepte, die alle eines gemeinsam haben: die Verschlechterung der Situation der Betroffenen. Zahlreiche Landesverbände fordern in ihren Programmen die Einführung von »Bürgerarbeit statt Hartz IV«. Darunter wird die »gemeinnützige Arbeit von Langzeitarbeitslosen« verstanden. Im Programm zur Landtagswahl in Baden-Württemberg heißt es beispielsweise:

»Bürgerarbeit soll ca. 30 Wochenstunden umfas-

» Die derzeitige Wirtschaftspolitik ist alles andere als Werbung für Unternehmensgründungen, beispielhafte Hemmnisse sind Mindestlohn, Entgeltgleichheitsgesetz und (Über-)Regulierungen bei der Zeitarbeit.



» Wer vom Staat als Langzeitarbeitsloser eine Leistung erhält, muss dem Staat auch etwas zurückgeben.

sen und mit ca. 1.000 EUR monatlich sozialversicherungspflichtig entlohnt werden. Den Langzeitarbeitslosen wird die Ausübung sinnvoller Tätigkeiten eröffnet und die Gesellschaft erhält einen Gegenwert für die Unterstützungsleistungen. Die Hartz-IV-Reformen konnten für eine Vielzahl von Langzeitarbeitslosen keine Beschäftigungschancen eröffnen.«

Die von der AfD beworbene »Bürgerarbeit« ist weder neu noch innovativ. Bereits unter der schwarz-gelben Regierungskoalition gab es von 2010 bis 2014 ein Pilotprojekt zur »Bürgerarbeit.« Eine Milliarde Euro wurde investiert und fast 50.000 »Bürgerarbeitsplätze« geschaffen. Das Vorhaben scheiterte auf ganzer Linie, von den Teilnehmenden konnten nur ganz wenige in einen sozialversicherungspflichtigen Job vermittelt werden. Tatsächlich hatte die Maßnahme sogar den gegenteiligen Effekt.

Der Abschlussbericht des Arbeitsministeriums notierte: »Es ist ein erheblich negativer Effekt der Teilnahme auf Integration

in den ersten Arbeitsmarkt festzustellen. Innerhalb der ersten zwei Jahre wäre die geschätzte Integrationswahrscheinlichkeit ohne die Teilnahme an der Beschäftigungsphase durchgängig mehr als doppelt so hoch gewesen.« Zu den Projektkosten urteilt der Bericht: »Hinsichtlich der Effizienz zeigt sich, dass das Modellprojekt als Ganzes eine deutlich negative Effizienz aufweist.«

Im Gegensatz zum Pilotprojekt der schwarz-gelben Bundesregierung ist in den Programmen der AfD nicht davon die Rede, dass diese »Bürgerarbeit« freiwillig erfolgen soll. Schon anlässlich des damaligen Pilotprojekts warnte der DGB in einer Stellungnahme vor Zwangsmaßnahmen:

»Bürgerarbeit hört sich zunächst freundlich an, es klingt nach freiwilligem Engagement, »Bürger tun etwas für andere Bürger«. Doch der Übergang zur »Arbeitspflicht« ist fließend, je nach Ausgestaltung und gesetzlichen Rahmenbedingungen«.

Geltung des Leistungsprinzips

Dass es bei den Vorstellungen der AfD nicht um Freiwilligkeit geht, belegt die Aussage der damaligen Parteivorsitzenden Frauke Petry: »Aber es muss auch das Leistungsprinzip gelten: Wer als Langzeitarbeitsloser eine Leistung vom Staat erhält, muss dem Staat auch etwas zurückgeben.« Zu erwarten ist zudem, dass Kommunen und Länder die »Gemeinnützigkeit« der »Bürgerarbeit« großzügig auslegen, um so auf günstige Arbeitskräfte zurückgreifen und eigenes Personal einsparen zu können. Dadurch würden noch mehr Arbeitsplätze in der öffentlichen Daseinsvorsorge abgebaut.

Neben der »Bürgerarbeit« kursieren noch andere Konzepte zum Umgang mit Hartz IV in der AfD. Die meisten stellen die Höhe des Arbeitslosengeldes II in den Mittelpunkt.

In ihren politischen Leitlinien äußert die AfD, dass Leistungsempfänger sich »solidarisch zeigen [müssten], um die Belastung der Gemeinschaft so

niedrig wie möglich zu halten.« Für einige AfD-Politikerinnen und -Politiker bedeutet dies, die Hartz IV-Leistungen zu senken. Lydia Funke, Landtagsabgeordnete der AfD in Sachsen-Anhalt, fordert in einem Interview mit dem ZDF-Magazin Frontal 21 die »Absenkung von Hartz IV logischerweise, um die Menschen wieder zu fordern, dass sie in Arbeit gehen.«

Im Grundsatzprogramm entschied sich die Partei vorerst für das Konzept der »aktivierenden Grundsicherung« bei gleichzeitiger Abschaffung des Arbeitslosengeldes II. Dabei sollen diejenigen, die arbeiten, »auf jeden Fall mehr Geld zur Verfügung haben als derjenige, der nicht arbeitet, aber arbeitsfähig ist«, um einen »Arbeitsanreiz« zu schaffen.

Der Unterstützungsbeitrag soll mit wachsendem Einkommen absinken. Wie in all ihren Vorstellungen zur Arbeitsmarktpolitik bleiben Höhe und genaue Ausgestaltung des Konzepts der »aktivierenden Grundsicherung« im Ungewissen.

Fazit

Die AfD legt bisher zu keiner arbeitsmarktpolitischen Frage – sei es beim Mindestlohn, bei der Leiharbeit oder beim Arbeitslosengeld II – ein ausformuliertes Konzept vor. Statt auf die Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsformen setzt die AfD auf weitere neoliberale Deregulierung. Antworten auf die drängenden arbeitsmarktpolitischen Fragen (u. a. Umgang mit der Digitalisierung, der zunehmenden atypischen Beschäftigung und ihren Folgen für die sozialen Sicherungssysteme) bietet die Partei nicht.

Auch die rentenpolitischen Pläne sehen weitere Belastungen der abhängig Beschäftigten vor. Statt auf die bewährte gesetzliche Rentenversicherung setzt die AfD auf private Vorsorge, von der vor allem private Konzerne und Versicherungen profitieren. Und sie plädiert für die weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters.

Verdeckte Wahlwerbung und intransparenter Wahlkampf: Die Finanzen der AfD

» Die Politik der großen Koalition werde von »linken Ideologen« beherrscht, Folgen seien u. a. Beschlüsse wie die Rente mit 63.

Gerne inszeniert sich die AfD als Vertreterin des »kleinen Mannes«, die den Mächtigen auf die Finger klopft. Der überbordende Lobbyismus solle eingedämmt und die Parteienfinanzierung solle transparent gestaltet und eingeschränkt werden, so die Forderungen der Partei. Doch woher stammen die Mittel der jungen Partei und wie hält sie es selbst mit der geforderten Transparenz?

Seit ihrer Gründung 2013 sind die Finanzen der AfD in der Diskussion. Finanzielle Unterstützung bekam sie dabei nicht in erster Linie von »kleinen Leuten«, sondern von einflussreichen Personen aus der Wirtschaft. So erhielt die Partei noch unter Parteichef Bernd Lucke zwei Kredite über je 500.000 Euro vom Hamburger Reeder Folkard Edler, der auch andere rechte Einrichtungen finanziert. Weitere Finanziers waren der Werbeunterneh-

mer Hans Wall, der ehemalige Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Hans-Olaf Henkel – sowie Unternehmer und Ex-BDI-Präsident Heinrich Weiss. Letzterer kritisierte, die Politik der großen Koalition werde von »linken Ideologen« beherrscht, Folgen seien »Beschlüsse wie die Rente mit 63, die Frauenquote, der Nachweis über die Gehälter von Frauen im Vergleich zu Männern in gleicher Position sowie generell die weitere Verbürokratisierung der Wirtschaft«.

Auch der in der Schweiz lebende deutsche »Mövenpick-Milliardär« Baron August von Finck soll die AfD finanziert haben.

Machte die AfD danach vor allem dadurch Schlagzeilen, dass sie die Angst vor einer Währungskrise mit Hilfe ihres eigenen Goldshops in bare Münze verwandelte, so wurde die AfD seit März 2016 bei den

Landtagswahlen durch den »Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten« mit millionenfachen Gratiszeitungen, Großplakaten sowie Werbevideos im Internet unterstützt. Die Finanzierung dieser Kampagne ist bis heute ungeklärt. Im September 2017 schließlich erhob der Verein »LobbyControl« schwere Vorwürfe gegen die AfD wegen ihrer intransparenten Finanzen. Der gemeinnützige Verein, der über Machtstrukturen und Einflussstrategien in Deutschland und der EU aufklärt, kam nach intensiven Recherchen zu der Einschätzung, dass es »sich bei der verdeckten AfD-Wahlwerbung um die wahrscheinlich größten intransparenten Geldflüsse der letzten Jahre zugunsten einer einzelnen Partei« handeln dürfte. Es bestehe der Verdacht der illegalen Parteienfinanzierung, so LobbyControl. Abgewi-

ckelt wurde dies durch die in der Schweiz ansässige Firma »Goal AG«, eine PR-Agentur, die insbesondere für die Schweizer Volkspartei (SVP) und andere rechtspopulistische Parteien in Europa wie die

FPÖ in Österreich und Vlaams Belang in Belgien tätig ist. Neben der Unterstützung für die Partei gab es auch gezielte Kampagnen für einzelne Kandidaten wie Jörg Meuthen oder Guido Reil.

Fazit

Die AfD steht nicht für mehr Transparenz in der Politik und erhält ihr Geld nicht in erster Linie von »einfachen Leuten«. Sie wurde in der Vergangenheit von einflussreichen und finanzkräftigen Perso-

nen unterstützt. Die Forderungen nach Abschaffung der Erbschaftssteuer und Wiederherstellung des Steuergeheimnisses passen dazu. Das gesamte Hintergrundpapier »Geheime

Millionen und der Verdacht illegaler Parteispenden« findet sich unter:

► www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Hintergrundpapier_Verdeckte_Wahlhilfe_AfD.pdf

Bildungspolitik: Uneingeschränktes Leistungsprinzip

In der Bildungspolitik werden die Weichen für die ökonomische, soziale und politische Teilhabe an der Gesellschaft gestellt. Ein gleicher Zugang zu Bildung entscheidet oftmals über Chancengleichheit oder -ungleichheit für den sozialen Aufstieg.

Die AfD verbindet ihre bildungspolitische Programmatik mit einem überkommenen Familienbild. Es ist geprägt von reaktionären Vorstellungen, Ausgrenzung und Diskriminierung.

So nimmt der Kampf gegen Vielfalt und sexuelle Selbstbestimmung im Grundsatzprogramm der Partei ebenso breiten Raum ein wie die Agitation gegen das »Gender-Mainstreaming«, die »geschlechterneutrale Sprache«, die »Gender-Forschung« oder »Geschlechterquoten«.

Vor allem steht das Bildungsprogramm der AfD für die Ausgrenzung sozial Benachteiligter und extreme soziale Auslese. Es gibt kaum ein Industrieland, in dem das Bildungssystem so selektiv ist wie in Deutschland. Fast nirgendwo haben Arbeiterkinder so schlechte

Chancen, einen Hochschulabschluss zu erwerben, wie in Deutschland. Eine Ursache dafür ist, dass in weiten Teilen Deutschlands noch immer am dreigliedrigen Schulsystem festgehalten wird.

Die AfD steht genau für diese Form der frühen sozialen Auslese. Sie lehnt die Gesamtschule ab und will das dreigliedrige Schulsystem beibehalten. Sie will es darüber hinaus auch in den Bundesländern einführen, in denen es bisher noch nicht existiert. Der Sozialwissenschaftler Andreas Kemper konstatiert daher: »Die AfD will den Zugang zum Studium und Gymnasien erschweren [...] Ziel soll sein, eine ›Elite‹ zu formen. Typischerweise trifft das Kinder aus einkommensschwachen Familien, die sich nicht teuren Privatunterricht leisten können.«

Auch an den Universitäten will die AfD die Elitenbildung verschärfen. Mit der im Grundsatzprogramm erhobenen Forderung nach »leistungs- und eignungsbezogenen Auswahlverfahren für verschiedene Hochschultypen« verfolgt sie vor

allem das Ziel einer verstärkten sozialen Auslese.

Hohe Zugangsbeschränkungen für einzelne Studiengänge schließen insbesondere finanziell schwächer gestellte Menschen aus. Während Kinder aus wohlhabenden Elternhäusern auf Privatunterricht und andere Unterstützung zurückgreifen können, bleibt dies Kindern aus sozial benachteiligten Familien verwehrt. Die Forderung, das Promotions- und Habilitationsrecht ausschließlich auf Universitäten und Hochschulen mit Universitätsstatus zu beschränken, dient ebenfalls diesem Zweck.

Die Betroffenen versucht die AfD damit zu trösten, dass nicht jeder das Abitur oder einen Hochschulabschluss benötige. Für die AfD »gefährden das Streben nach immer höheren Abiturienten- und Akademikerquoten sowie unzureichende Kenntnisse von Haupt- und Realschulabsolventen den Nachwuchs in Ausbildungsberufen.«

Statt den Arbeiterkindern den Weg an die Universität zu erleichtern, plädiert sie dafür, dass diese lieber eine vernünftige

» Die AfD will den Zugang zum Studium und Gymnasium erschweren. Ziel soll sein, eine ›Elite‹ zu formen.

tige Ausbildung machen und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen sollen. So wird ihnen bewusst Wissen vorenthalten. Das Recht auf Wissen und Bildung, unabhängig vom sozialen Status, wird relativiert und durch die Befürwortung sozialer Auslese ersetzt.

Im Zentrum der bildungspolitischen Vorstellungen steht das Leistungsprinzip. Wörtlich heißt es dazu im Grundsatzprogramm der Partei: »Wir befürworten uneingeschränkt das Leistungsprinzip. Schüler haben ein Recht darauf, in einem nach oben und unten durchlässigen Schulsystem Erfolge und Niederlagen zu erfahren.«

Auch die Bildung hat sich damit der neoliberalen Logik zu fügen. Das Leistungsprinzip dient zur Rechtfertigung sozialer Ungleichheit. Im Rahmen dessen gilt es, »leistungsstarke« von »leistungsschwachen« Schülerinnen und Schülern zu trennen.

Die AfD verknüpft ihre selektive Bildungspolitik häufig mit Warnungen vor einem angeblichen Qualitätsverlust des Schul- und Hochschulbereichs. Sie sieht darin eine der Ursachen für die mangelnde

Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern in einigen Ausbildungsberufen, insbesondere im Handwerk.

So behauptet die Partei in ihrem Grundsatzprogramm, dass »Schüler nicht mehr die Grundkenntnisse besitzen, die in der Berufsausbildung oder im Studium benötigt werden«. Die Fakten zeigen Anderes.

So hat sich Deutschland in der PISA-Studie in den vergangenen Jahren erheblich verbessert und die Jugendarbeitslosigkeit ist in Deutschland so niedrig wie selten zuvor. Die Gründe für den Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern in manchen Ausbildungsberufen liegen anderswo, wie unter anderem die jährlichen Ausbildungsberichte der DGB-Jugend aufzeigen.

Es sind vor allem die Branchen mit mangelhaften Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen sowie unterdurchschnittlicher Entlohnung, denen es schwer fällt, Nachwuchskräfte zu gewinnen. Solange bei den Arbeitgebern dazu kein Umdenken stattfindet, werden auch weiterhin Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass nicht die Wissensvermittlung im Zentrum der Bildungspolitik der AfD steht, sondern die Nutzbarmachung der Bildung für wirtschaftliche Zwecke.

In ihrem Programm propagiert sie ganz offen eine Bildung im Sinne neoliberaler Verwertungslogik. Schulen und Hochschulen dienen ausschließlich dazu, Menschen so schnell wie möglich auf die Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt vorzubereiten. Dazu gehört auch die Ausgrenzung und Aussortierung von sozial Benachteiligten nach vermeintlichen Leistungskriterien.

AidA, AVA und ALARM: Gewerkschaftsfeindliche Arbeitnehmerorganisationen in der AfD

» Trotz dieses
Kurses und
ihrer arbeitneh-
merfeindlichen
Programmatik
wählten zuletzt zu-
nehmend auch
Lohnabhängige die
AfD.

Immer wieder macht die AfD mit gewerkschaftsfeindlichen Äußerungen von sich reden. So bezeichnet die stellvertretende Bundesvorsitzende und ebenfalls stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Beatrix von Storch, die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di als »Verfassungsfeinde«. Ver.di sei »eine Gefahr für die Demokratie« und »eine offizielle Verbrecherorganisation«.

Der ehemalige bayrische Vorsitzende und jetzige Bundestagsabgeordnete der AfD, Peter Bystron, forderte gar die Überwachung des DGB durch den Verfassungsschutz.

Trotz dieses Kurses und ihrer arbeitnehmerfeindlichen Programmatik wählten zuletzt zunehmend auch Lohnabhängige die AfD. Die Partei versucht, dieser Zustimmung Rechnung zu tragen und hat mit Slogans wie: »Das neue Rot der Arbeitnehmer ist blau« inzwischen begonnen, eigene organisatorische Strukturen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Eine tatsächliche Interessenvertretung

für lohnabhängig Beschäftigte ist jedoch weder von der Interessengemeinschaft Arbeitnehmer in der AfD (AidA), der Alternativen Vereinigung der Arbeitnehmer (AVA) noch von dem in Erfurt ins Leben gerufenen Alternativen Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland (ALARM) zu erwarten. Alle drei werben für die Vertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern innerhalb der AfD.

Interessengemeinschaft Arbeitnehmer in der AfD (AidA)

Die Interessengemeinschaft Arbeitnehmer in der AfD (AidA) gründete sich am 1. Dezember 2015. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in Hamburg und Niedersachsen. Wirft man einen Blick auf die dort Aktiven, so fällt auf, dass die Führungsriege der Interessengemeinschaft bezeichnenderweise aus selbstständigen Unternehmern besteht.

Der Hamburger Christian Waldheim, gemeinsam mit Robert Buck Bundessprecher der AidA, ist Betriebswirt und Geschäftsführer seiner Consultingfirma EBS Consul-

ting. Der stellvertretende Bundessprecher Sascha Walther, ebenfalls aus Hamburg, ist Geschäftsführer und Gesellschafter eines Sicherheitsunternehmens.

Inhaltliche Positionen zu Beschäftigtenfragen sucht man bei der AidA weitgehend vergeblich. Wo man sie doch findet, propagiert auch die Interessengemeinschaft den von der AfD geforderten neoliberalen Umbau des Staates. Auf der Homepage von AidA heißt es:

»[Es gehört] unserer Ansicht nach zur Ehrlichkeit dazu, den Bürgern dieses Landes zu erklären, dass die Verantwortung zur Übernahme sozialer Risiken in Teilbereichen aus den Händen des Staates zurück in die Hände der Bürger gegeben werden muss und wir die Aufgaben und Absicherungen des Staates bzw. der Träger auf die Kernaufgaben und Kernelemente zurückführen. Nur so kann eine moderne, zukunftsorientierte und generationengerechte Sozial- und Arbeitsmarktpolitik dauerhaft Bestand haben.«

Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer (AVA)

Anders als die AidA fungiert die AVA nicht als anerkannte Bundesinteressengemeinschaft der AfD, sondern als Verein. Ge-gründet wurde sie 2015 in Dortmund mit maßgeblicher Unterstützung des AfD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen. Ihr Einfluss beschränkt sich vor allem auf Nordrhein-Westfalen, wie die Zusammensetzung ihres Bundesvorstandes zeigt: Er besteht fast ausschließlich aus Mitgliedern aus NRW. Bundesvorsitzender ist der arbeits- und sozialpolitische Sprecher der AfD in NRW und Bundestagsabgeordnete Uwe Witt.

Auch der Diplom-Personalwirt, mit nach eigenen Angaben »30 Jahren Erfahrung als Human Resource Manager«, war vor Beginn seiner Parteikarriere selbstständiger Unternehmer. Die AVA zählt wie AidA zu den Verfechterinnen einer weiteren neoliberalen Deregulie-

rung des Arbeitsmarktes und eines Abbaus sozialer Sicherungssysteme. So fordert der Verein eine Pflicht für Hartz IV-Empfängerinnen und -Empfänger zur gemeinnützigen Arbeit und härtere Sanktionen.

Alternativer Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland (ALARM)

Anders als AidA und AVA will der 2017 ins Leben gerufene Alternative Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland (ALARM) weit mehr sein als eine Interessenvertretung innerhalb der AfD. Laut ALARM-Initiator Jürgen Pohl hätten

die DGB-Gewerkschaften die Interessen der Beschäftigten verraten und seien keine Gewerkschaften mehr.

»Deswegen brauchen wir eine neue, und das wird ALARM sein.« Die AfD will so den DGB-Gewerkschaften Konkurrenz machen. Sie ruft dazu auf, die Einheitsgewerkschaft zu verlassen und sich stattdessen ihrem Arbeitnehmerverband anzuschließen. Nicht alle in der AfD sind von der Gründung einer dritten Arbeitnehmerinteressenvertretung in der AfD begeistert. Der neue Verband sei »so sinnvoll wie besagter Pickel am Popo«, meint etwa AVA-Chef Uwe Witt.

» Die DGB-Gewerkschaften hätten die Interessen der Beschäftigten verraten und seien keine Gewerkschaften mehr.



» Außer der Hetze gegen die Gewerkschaften des DGB und politisch Andersdenkende gibt es keine inhaltlichen Positionen des neuen Verbandes.

Wie schon die Führungen von AidA und AVA, ist auch Jürgen Pohl kein Arbeitnehmer, sondern selbstständiger Rechtsanwalt, der zudem auch Arbeitgeber vertritt. Der Bundestagsabgeordnete ist Teil des völkisch-nationalistischen Flügels in der AfD und war zuvor Leiter des Wahlkreisbüros des Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke.

Thüringen und die anderen ostdeutschen Bundesländer sind organisatorischer Schwerpunkt von ALARM. Erster Akt und eine der wenigen Aktivitäten des neu gegründeten

Verbandes war eine Demonstration zum 1. Mai 2017 in Erfurt mit etwa 1.200 AfD-Fans. Dort forderte Pohl in Richtung der Kundgebung der DGB-Gewerkschaften: »Wir werden den Tag der Arbeit aus den Händen dieser Arbeiterverräter entreißen.«

Außer der Hetze gegen die Gewerkschaften des DGB und politisch Andersdenkende gibt es keine inhaltlichen Positionen des neuen Verbandes. Aussagen zu Fragen der Wirtschafts-, Sozial- oder Arbeitsmarktpolitik sucht man bislang vergebens.

Fazit

Keine der drei konkurrierenden so genannten Arbeitnehmerorganisationen in der AfD ist in der Lage oder willens, die Interessen von lohnabhängig Beschäftigten zu vertreten. Stattdessen wollen sie durch gezielte Hetze gegen die DGB-Gewerkschaften und den Aufruf zum

Austritt aus ihnen die Belegschaften spalten. Wie die Partei insgesamt, stehen auch sie für einen arbeitnehmerfeindlichen Kurs der neoliberalen Deregulierung und des Abbaus sozialer Sicherungssysteme.

»Hingehen, wo es weh tut.« - Eine rechte bis rechtsextreme Kampagne will sich auf die Betriebsratswahlen konzentrieren

Jürgen Elsässer trat nach Oliver Hilburger ans Mikrofon, dem rechten Betriebsrat von Daimler in Stuttgart, und sagte: »Sie haben eine Premiere miterlebt: Ich erinnere mich an keine Veranstaltung aus dem patriotischen Spektrum, wo je ein Betriebsrat eines richtigen Großbetriebes gesprochen hat und damit eine neue Front für unseren Kampf eröffnet hat. Jetzt geht es darum, diesen Erfolg auf andere Betriebe auszuweiten, nach dem Motto: Alle Räder stehen still, wenn der blaue Arm es will.«

Was ist da los?

Jürgen Elsässer, ehemals linker Publizist und heute einer der führenden Köpfe der rechten Szene, ist Herausgeber von »Compact«, einem rechtspopulistischen Magazin mit Hang zu Verschwörungstheorien. In Leipzig hatte das

Magazin Ende November 2017 zur »Oppositionskonferenz« geladen. Es trafen sich AfD-Anhängerinnen und Sympathisanten, Rechtspopulistinnen und Rechtsextreme. Sie wollten unter anderem eine Kampagne zu den Betriebsratswahlen 2018 auf die Beine stellen und die Vernetzung voranbringen.

Die AfD ist Ende September 2017 in den Bundestag eingezogen, nachdem sie schon bei den Landtagswahlen 2016 Erfolge unter der Arbeiterschaft erzielen konnte – obwohl ihr Programm alles andere als beschäftigtenfreundlich war. Jetzt versucht die Partei, ihre Wählerschaft zu verbreitern und die gesellschaftliche Verankerung auf Dauer sicherzustellen. Die Zielgruppe sind abhängig Beschäftigte, der ausgemachte Gegner die Gewerkschaften.

Mit den Erfolgen des parlamentarischen Arms der AfD gründete

sich ein Netzwerk am rechten Rand, das von der Partei über die intellektuellen Vertreterinnen und Vertreter der »Neuen Rechten« bis hin zu Neonazis reicht. Die rechten Betriebskämpfer wollen »das Kartell der Gesinnungswächter« entmachten, heißt es auf der Homepage werdebetriebsrat.de, einem Ableger des Kampagnenprojekts »Ein Prozent«.

Die Initiatoren rufen dazu auf, sich als Betriebsrat in antigewerkschaftlichen Listen zur Wahl zu stellen. Überschieden ist die Website mit dem Slogan »Patrioten schützen Arbeitsplätze«. Aus ihrer Gesinnung machen die Betreiber keinen Hehl: »Jeder von uns hat mittlerweile einen Freund oder Bekannten«, der seine Arbeitsstelle aus politischen Gründen verlor. Es trifft immer die kleinen Leute, deren Existenz vernichtet wird, weil sie vielleicht jeden

» Die rechten Betriebskämpfer wollen »das Kartell der Gesinnungswächter« entmachten.

» Die IG Metall sei eine Vorkämpferin dafür, den Nationalstaat zu zerstören, weil sie die Lebens- und Arbeitsbedingungen weltweit angleichen wolle.

Montag zu PEGIDA gehen, offen die Alternative für Deutschland (AfD) unterstützen oder einfach nur mit dem Kollegen in der Pause über politische Probleme reden.«

Bei der Konferenz in Leipzig trat Oliver Hilburger als einer der Hauptredner auf. Der ehemalige Bassist und Gitarrist der Neonazi-Band »Noie Werte« gründete 2009 »Zentrum Automobil e.V.« im Daimler-Stammwerk in Stuttgart-Untertürkheim.

»Zentrum Automobil e.V.« versteht sich selbst als »alternative Arbeitnehmervertretung für Mitarbeiter in der Automobilindustrie«. Bei den letzten Betriebsratswahlen erreichte die Liste der rechten Pseudogewerkschaft zehn Prozent der Stimmen und hat heute vier Mandate im Betriebsrat.

In seiner Rede betonte Hilburger die Nähe zu AfD und Pegida und beschrieb die Notwendigkeit für »oppositionelle« Gewerkschaften und Betriebsräte.

Die IG Metall habe es geschafft, die komplette Deutungshoheit in den Betrieben, Aufsichtsräten und Konzernvorständen zu übernehmen. Bei Daimler seien linke Kreise von IG Metall über MLPD bis Antifa »bis in die höchsten Kreise der Aufsichtsräte aufgestiegen«, sagte er. Dieses »Deutungskartell« zu brechen, sei sein Ziel.

Die IG Metall sei eine Vorkämpferin dafür, den Nationalstaat zu zerstören, weil sie die Lebens- und Arbeitsbedingungen weltweit angleichen wolle.

Aber: »Seit 27 Jahren haben wir es nicht geschafft, die Löhne in Deutschland anzugleichen. Dieses Märchen wird auf der ganzen Welt niemals funktionieren.«

Mit Blick auf die aktuellen Kämpfe bei Siemens oder General Electric, in denen Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaft nahezu täglich gemeinsam mit kreativen Aktionen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen, sagte Hilburger, »da werden die Leute konkret verraten.« Im Aufsichtsrat sitze die IG Metall, da würden die Schließungen beschlossen. Fazit für Hilburger: »Man müsste sie vom Hof jagen.« Ab von kranken Theorien, die zwischen Unwahrheit und Verschwörung rangieren, hält sich Hilburger bedeckt, wie genau er das Heil über die deutsche Arbeiterschaft bringen will.

Aber auch »Ein Prozent« kommt auf seiner Internetseite nicht über Phrasen hinaus. In einem Video geht es in erster Linie darum, dass wegen rechter Agitation im Betrieb gekündigte

Kollegen Unterstützung brauchen. Und dafür brauche es eigene Betriebsräte.

»Das Establishment hat seine Denunzianten auch am Fließband«, sagt Philipp Stein, Kopf von »Ein Prozent.« Er kündigt eine »einzigartige Kampagne« zu den Betriebsratswahlen an. »Patrioten schützen Patrioten. Das heißt, gewählte Betriebsräte können andere Patrioten am

Arbeitsplatz schützen, ihnen weiterhelfen und so endlich die Macht linker Gewerkschaften brechen.«

»Zentrum Automobil« ist an mehreren Orten aktiv. So tritt beispielsweise im Leipziger BMW-Werk der Zwickauer AfD-Kreistagsabgeordnete Frank Neufert als Kandidat für den Betriebsrat an. Seine Botschaft bei der Konferenz

ist sinngemäß die gleiche: Die IG Metall verrät uns, wir sind die Opposition, deshalb »Zentrum« wählen.

Fazit

Die Parolen sind einfach, sie spielen auf die Unzufriedenheit der Beschäftigten an; beispielsweise mit dem letzten Tarifabschluss. Sie knüpfen an rassistische Diskurse an; an das Gefühl, dass »die da oben« nichts mehr für »uns« tun; dazu ein bisschen nationale Heimelig-

keit: fertig ist der gefährliche Mix, dem Menschen auf den Leim gehen oder aus einer real existierenden Unzufriedenheit ihr Kreuz bei einer alternativen rechten Liste machen könnten. Doch klar ist, dass es diesen selbsternannten Oppositionellen nicht darum geht, für die

Interessen der Beschäftigten einzutreten. Ihnen geht es darum, die Gesellschaft insgesamt nach rechts zu rücken und politisch zu spalten. Dass das letztlich nicht das Interesse der Beschäftigten sein kann, hat die Geschichte mehrfach gezeigt.

Europapolitik: Europafeindlichkeit zu Lasten der Beschäftigten

Lange Zeit war die Europapolitik das Kernthema der AfD. Auch heute nimmt die Diskussion um die Zukunft der europäischen Vereinigung in der AfD einen breiten Raum ein. Wenig öffentliche Beachtung finden jedoch die Auswirkungen, die eine solche Europapolitik für abhängig Beschäftigte hätte.

Wie in anderen Politikbereichen kam es auch hier in der AfD in den vergangenen Jahren zu einer Radikalisierung. Stand bei Gründung der Partei im Jahr 2013 die Euro-Rettungspolitik im Mittelpunkt der Kritik, stellt die AfD heute das europäische Projekt in seiner Gesamtheit in Frage.

So fordert die AfD in ihrem Grundsatzprogramm die Einschränkung der EU-Freizügigkeit und flächendeckende Kontrollen an den deutschen Grenzen. Sie will »das Experiment Euro geordnet beenden« und strebt den Austritt Deutschlands aus der EU sowie die »demokratische Auflösung der Europäischen Union« an. Im Bundestagswahlkampf plädierte die Partei für ein Ende des Schengen-Abkommens, das Reisefrei-

heit und freien Warenverkehr in Europa regelt. »Schengen ist gescheitert«, so die AfD-Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl 2017, Alice Weidel. All diese Maßnahmen hätten sowohl für die deutsche Wirtschaft als auch für die abhängig Beschäftigten in Deutschland und ganz Europa verheerende Auswirkungen.

Offene Grenzen haben mehr als nur symbolischen Wert. Sie sind sowohl Wohlfaktor als auch Wirtschaftsmotor. Inzwischen ist fast jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland vom Außenhandel abhängig und somit auch von offenen Grenzen in Europa.

Deutschlands Wirtschaft ist mit einem Außenhandelsvolumen von 2,6 Billionen Euro im Jahre 2014 so stark auf Geschäfte mit dem Ausland ausgerichtet wie nur wenige andere Länder. Knapp 60 Prozent davon entfallen auf Europa. Laut einer Studie der Wirtschaftsanalysten von Prognos würde die Wiedereinführung innereuropäischer Grenzkontrollen alleine der deutschen

Volkswirtschaft 234 Milliarden Euro in einem Zehnjahreszeitraum kosten. Just-in-time-Lieferungen würden der Vergangenheit angehören, europäische Produktionsprozesse durch Grenzkontrollen unterbrochen und die europäischen Wertschöpfungsketten wären massiv beeinträchtigt.

Gravierende Folgen hätte dies sowohl für exportorientierte Unternehmen und deren Beschäftigte, zum Beispiel in der Automobilindustrie und deren Zulieferer oder im Maschinenbau, als auch für den Speditions- und Logistiksektor. 80 Prozent des Warenverkehrs mit den europäischen Staaten wird über Land abgewickelt. Derzeit rollen jährlich mehr als 18 Millionen Lkw über die deutschen Grenzen.

»Die Zeche für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen werden die Wirtschaft und die einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen. Zudem wäre dies ein historischer Rückschlag für das europäische Projekt. Wer heute mehr Wohlstand für sich, sein Land und Europa will, muss

» Die Zeche für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen werden die Wirtschaft und die einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen.

Haltung zeigen: Für offene Grenzen, gegen nationale Abschottung«, heißt es deshalb in einer Stellungnahme des DGB, der sich für den Erhalt des Schengen-Abkommens und eine Vertiefung der europäischen Beziehungen einsetzt.

Das von der AfD geforderte Ende von Euro, EU und Arbeitnehmerfreizügigkeit hätte auch für die Pendlerinnen und Pendler Konsequenzen. Rund 1,7 Millionen Beschäftigte in Europa überqueren täglich die EU-Binnengrenzen, weil sie in einem EU-Mitgliedsland leben und in einem anderen arbeiten. Viele von ihnen kommen auch aus grenznahen, strukturschwachen Regionen in Deutschland.

»Wenn Schengen länger oder gar dauerhaft außer Kraft gesetzt und das Recht auf Freizügigkeit und Nichtdiskriminierung durchlöchert wird, schränkt dies die Rechte der Arbeitnehmer dramatisch ein«, so DGB-Europaexpertin Gabriele Bischoff. Statt für weniger plädiert der DGB für mehr Europa, in dem soziale Rechte für alle eine größere Rolle spielen. »Nur ein Europa, das

sozial investiert, in die Bevölkerung, und deren Rechte verteidigt und modernisiert, so wie sie in der Grundrechtecharta verankert sind, wird das Vertrauen wieder gewinnen, das der Kontinent braucht«, so der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann.

Fazit

Eine Einschränkung der wirtschaftlichen Freizügigkeit oder gar die Wiedereinführung nationaler Währungen, wie sie die AfD vertritt, hätte für die international orientierte deutsche Wirtschaft verheerende Auswirkungen.

Die europapolitischen Vorstellungen der AfD gefährden den wirtschaftlichen Wohlstand Deutschlands und setzen Millionen Arbeitsplätze aufs Spiel. Leidtragende des antieuropäischen Kurses der AfD wären vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Familienpolitik: Programm der Ausgrenzung und Diskriminierung

» Jeglicher staatlicher Versuch, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, wird als Zwang zur Doppelbelastung umgedeutet.

Der Kampf gegen Geschlechtergerechtigkeit, gleichgeschlechtliche Lebensweisen und sexuelle Vielfalt gehört seit jeher zu den Grundsäulen rechter Politik. Für die AfD ist dieser Kampf zentraler Bestandteil ihrer Programmatik. Ideologische Grundlage dafür bietet eine rechtskonservative Familienpolitik, die sich vor allem den Erhalt der »traditionellen Familie« zum Ziel gesetzt hat. In der AfD findet dieses Ziel sowohl in einem ausgeprägten Antifeminismus als auch in einem zutiefst homophoben Weltbild seinen Ausdruck.

Der hohe ideologische Stellenwert, den der Kampf für eine reaktionäre Politik im Bereich »Familie« in der AfD innehat, wird schon daran deutlich, dass es in dem etwa hundert Seiten umfassenden Grundsatzprogramm so gut wie kein Kapitel gibt, in dem der Begriff »Familie« keine Erwähnung findet.

Neben dem eigenen Programmpunkt »Familien und Kinder« spielen diese Vorstellungen auch in der Arbeitsmarkt-, der Sozial- und der Bildungspolitik eine wesentliche Rolle. Aber auch, wenn es um Steuern, die Entwicklung des ländli-

chen Raumes, die Wohnungsbau- oder die Integrationspolitik geht, fehlt die Nennung von Kindern oder »der Familie« nicht. Es gelingt der Partei so, zugleich konservative und neoliberale Positionen zu vereinen.

Den Rückzug des Staates aus weiten Teilen der sozialen Sicherungssysteme kombiniert die Partei mit dem Plädoyer, die traditionelle Familie zu stärken, die künftig die soziale Verantwortung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Pflege übernehmen soll.

Bereits zu Beginn des Kapitels »Familien und Kinder« wird deutlich, dass die Vorstellungen der AfD vor allem auf die Zurückdrängung und Diskriminierung nicht-traditioneller Lebens- und Beziehungsentwürfe abzielen.

Das beginnt mit einem »Bekenntnis zur traditionellen Familie als Leitbild« und der klaren Forderung: »Mehr Kinder statt Masseneinwanderung«. Einem Lamento über die angeblich geringe Wertschätzung, die der traditionellen Familie in Deutschland zuteil wird, folgt die Klage über die Untergrabung der Familie als »wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit« durch

die Zunahme von Krippen und Ganztagschulen, des »Gender-Mainstreamings« und der Individualität im Allgemeinen.

Daran anknüpfend zeichnet die AfD ein Schreckensbild der demografischen Entwicklung: Die niedrige Geburtenrate führe angeblich zum Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme, einer verminderten Wirtschaftsleistung und zu einem »ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur«.

Zentrales Ziel der AfD ist eine »aktive Bevölkerungspolitik«, um die Geburtenrate der »deutschstämmigen Frauen« deutlich zu steigern. Jeglicher staatliche Versuch, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, wird als Zwang zur Doppelbelastung umgedeutet.

Stattdessen setzt die AfD auf einen antifeministischen Rückschritt, um Frauen auf die Rolle als Hausfrauen und Mütter festzulegen. Hierzu passt die Ablehnung des Rechts auf Abtreibung. So will die AfD unter anderem die von vielen Betroffenen schon heute als erniedrigend empfundenen Schwangerenkonfliktberatungen verschärfen.

Seit ihrer Gründung ist die Partei eng mit dem christlich-fundamentalistischen Abtreibungs-Spektrum verbunden. Eine wesentliche Rolle spielt das von Beatrix von Storch und ihrem Mann Sven von Storch geleitete »Netzwerk Zivile Koalition e.V.« sowie der im August 2013 gegründete Arbeitskreis »Christen in der Alternative für Deutschland«.

Die häufig als »deutsche Tea-Party« bezeichnete »Zivile Koalition« ist ein Netzwerk verschiedener Initiativen, die sich zum Ziel gesetzt haben, christlich-fundamentalistische und rechtskonservative Vorstellungen kampagnen- und mehrheitsfähig zu machen. In der »Zivilen Koalition« tritt vor allem die »Initiative Familienschutz« unter der Führung von Sven von Storch und der CDU-Politikerin Hedwig Freifrau von Berchthold mit ihrem Kampf gegen Abtreibung in die Öffentlichkeit. Beatrix von Storch und von Berchthold treten gemeinsam regelmäßig bei Aufmärschen der so genannten »Lebensschützer« wie dem »1000 Kreuze

Marsch« oder dem »Marsch für das Leben« auf. Der Politikwissenschaftler Hajo Funke stellte in einem Interview mit der Huffington Post fest:

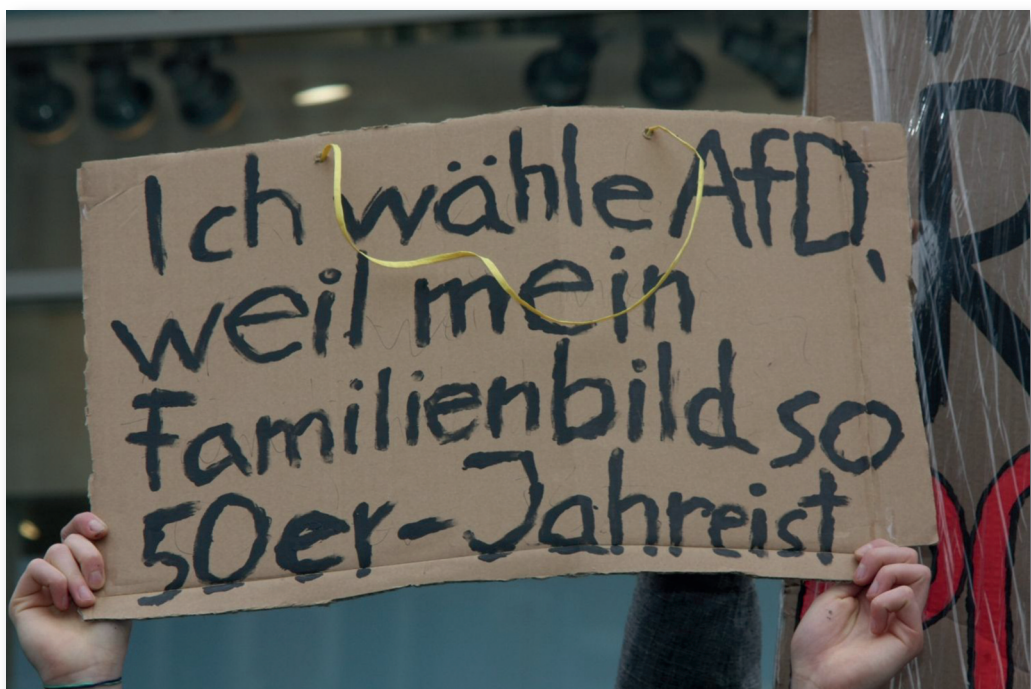
»Von Storch und der fundamentalistische Flügel der AfD gehen einen Pakt mit Abtreibungsgegnern ein. [...] Die Partei will Staat und Gesellschaft mit ihrer Familienpolitik umbauen.«

Der Kampf gegen Abtreibung ist nicht die einzige Schnittmenge zwischen AfD und christlich-fundamentalistischem Lager. Die AfD gehört auch zu den wesentlichen Organisatorinnen der »Demo für alle«, die sich von Stuttgart aus auf an-

dere Städte in der Bundesrepublik ausgeweitet hat. Anlass für die Demonstrationen waren ursprünglich der von der baden-württembergischen Landesregierung geplante Bildungsplan 2015 und der Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte. Beide sahen vor, Kinder und Jugendliche altersgerecht über das Thema Sexualität aufzuklären und dabei die Akzeptanz sexueller Vielfalt zu fördern.

Das rechtskonservative Lager sah darin eine »Frühsexualisierung und Indoktrinierung im Sinne des Gender-Mainstreamings von Kindern« und einen Angriff auf die Ehe. Offizielle

» Von Storch und der fundamentalistische Flügel der AfD gehen einen Pakt mit den Abtreibungsgegnern ein.



» Das Familienbild der AfD geht mit einer offensiven Agitation gegen Homosexuelle einher, denen die AfD unter anderem das Recht auf Ehe absprechen will.

Demo-Organisatorin und Verantwortliche für den Blogauftritt des Bündnisses »Demo für alle« ist die Frontfrau der »Initiative Familienschutz«, Hedwig Freifrau von Beverfoerde; Beatrix von Storch trat als Mitorganisatorin in Erscheinung.

Das Familienbild der AfD geht mit einer offensiven Agitation gegen Homosexuelle einher, denen die AfD unter anderem das Recht auf Ehe absprechen will. Auch hier tut sich insbesondere das christlich-fundamentalistische Umfeld um Beatrix von Storch hervor. So wetterte von Storch als damalige Europawahlkandidatin des Landesverbandes Berlin gegen die »Schwulen-Lobby« und gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften. Derlei Ausfälle führten zum Rücktritt und Parteiaustritt von Franz Niggemann, Vorstandsvorsitzender des Bezirksverbandes Tempelhof-Schöneberg, der als Grund für seinen Schritt die zunehmende Dominanz homophober Positionen nannte.

Als Robert Zollitsch, Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz, vor einer Wahl der AfD warnte, attackierte von

Storch ihn in einem offenen Brief und warf ihm Amtsmissbrauch vor. »Die Grünen wollen die Homo-Ehe. Und Sie warnen als katholischer Bischof nicht vor den Grünen?«, so von Storch.

Fazit

In der Familienpolitik geht es der AfD nicht um das Wohl der Kinder, z. B. durch Hilfe für Alleinerziehende. Nicht das Wohl des Einzelnen steht im Vordergrund, sondern die AfD will das Staatsvolk erhalten.

Antifeminismus und Homophobie gehören dabei zum Markenkern der AfD, ihre familienpolitischen Vorstellungen gehen mit Ausgrenzung und Diskriminierung einher. Die Stärkung der »traditionellen Familie« soll zugleich die sozialen Härten kompensieren, die das neoliberale Programm von Deregulierung und Sozialabbau der AfD mit sich bringt.

Gleichstellungspolitik: Zurückdrängung der Frauen aus der Arbeitswelt

Das politische Denken der AfD ist laut dem Soziologen Andreas Kemper von der »Idee der Ungleichheit« gekennzeichnet. Tatsächlich stellt die Partei immer wieder die Gleichwertigkeit spezifischer Gruppen der Gesellschaft infrage, wie sich vor allem in der Integrations- und Flüchtlingspolitik zeigt.

Ihren Ausdruck findet die »Idee der Ungleichheit« aber nicht nur in der Ausgrenzung und Diskriminierung von Geflüchteten und Migranten, sondern ebenso im vehementen Kampf gegen die Gleichstellung von Frauen – insbesondere in der Arbeitswelt.

Nicht der Arbeitsplatz, sondern Kinder, Küche, Kirche seien die Refugien der Frau, so das Credo konservativer Politik. Erst durch harte Kämpfe – nicht zuletzt der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Gewerkschaftsbewegung – konnte dieses reaktionäre Denken Schritt für Schritt aufgebrochen werden.

Geht es nach der AfD, gilt es nun, die Uhr zurückzudrehen. Die Partei steht für einen antifeministischen Rückschritt, der auch die Verdrängung der

Frauen aus der Arbeitswelt einschließt.

Die AfD lehnt alle Maßnahmen ab, die Frauen in einer nach wie vor männlich dominierten Gesellschaft eine bessere Teilhabe ermöglichen sollen. Der baden-württembergische Landesverband unter Führung des AfD-Vorsitzenden Jörg Meuthen fordert beispielsweise, die Gleichstellungspolitik »als durchgängiges politisches Leitprinzip ... auf allen Ebenen unverzüglich und ersatzlos zu beenden«. Dieser »unzulässige[n] Eingriff des Staates« in das Leben der Menschen sei »überdies aus biologischen Gründen zum Scheitern verurteilt«.

Der »Equal Pay Day«, der auf die großen Unterschiede bei Löhnen und Gehältern von Männern und Frauen hinweist und von Gewerkschaften an vielen Orten mit Aktionen begleitet wird, ist für die Partei ein »Propagandainstrument«, das abgeschafft werden muss.

Das Bundesgleichstellungsgesetz und ähnliche Regelungen sollen aufgehoben und sämtliche Stellen für Gleichstel-

lungsbeauftragte gestrichen werden.

Ebenso sollen alle Quotenregelungen für Frauen abgeschafft werden. Wie gut es ohne Quote funktioniert, beweist die AfD selbst. Sie ist nicht nur die wahrscheinlich einzige Partei, in der – wie bei der Landtagsfraktion Brandenburg – ein Mann die Funktion des »frauenpolitischen Sprechers« innehat, sie ist zudem die Partei mit dem mit Abstand geringsten Frauenanteil im Bundestag.

Während insgesamt 30,7 Prozent der Abgeordneten im deutschen Bundestag weiblich sind, sind es bei der AfD gerade einmal 10,6 Prozent: unter den 94 Abgeordneten sind nur 10 Frauen. Da passt es ins Bild, wenn der AfD-Fraktionschef in Mecklenburg-Vorpommern, Nikolaus Kramer, in einem Gespräch mit NDR 1 im Dezember 2017 sagt: »Männer sind mehr für die Politik gemacht.«

In ihrem Programm zur Bundestagswahl 2017 forderte die Partei die Abschaffung aller Antidiskriminierungsgesetze und

» Nicht der Arbeitsplatz, sondern Kinder, Küche, Kirche seien die Refugien der Frau, so das Credo konservativer Politik.

» Die Politik der Fremderziehung von Kleinstkindern produziert bindungsunfähige, charakterschwache Persönlichkeiten und lernschwache, verhaltensauffällige Schüler.

zielt damit vor allem auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Ziel des Gesetzes ist es, »Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen«.

Für die AfD sind solche Bestimmungen nicht Grundlage menschlichen Zusammenlebens, sondern Eingriffe in die »Vertragsabschlussfreiheit«, die es zu beenden gilt.

Versuche, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf staatlich zu fördern, lehnt die AfD als Zwang zur Doppelbelastung ab und beklagt einen »falsch verstandenen Feminismus«, der »einseitig Frauen im Erwerbsleben schätzt, nicht aber Frauen, die »nur« Mütter und Hausfrauen sind«.

Die AfD wettert immer wieder gegen staatliche und kommunale Kinderbetreuungseinrichtungen. Bezeichnend dafür ist der Münsteraner Stadtrat Martin Schiller, der »eine völlig falsche und familien-

feindliche KitTa-Vollversorgungs politik« als »katastrophal« bezeichnet und glaubt, diese habe zum Ziel »den Eltern möglichst früh die Kinder zu entreißen und sie einer staatlich organisierten Erziehungsanstalt zu übergeben.«

2017 behauptete er in einer Haushaltsrede im Rat der Stadt Münster: »Die Politik der Fremderziehung von Kleinstkindern produziert bindungsunfähige, charakterschwache Persönlichkeiten und lernschwache, verhaltensauffällige Schüler.« Belege für diese absurden Behauptungen blieb er schuldig.

Im Mittelpunkt des Kampfes der AfD gegen Gleichstellung und Emanzipation steht die Agitation gegen das »Gender-Mainstreaming«. Gender-Mainstreaming bedeutet, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern bei allen Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu berücksichtigen, um eine Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Dem Gender-Mainstreaming liegt die Erkenntnis zugrunde, dass Frauen von politischen Ent-

scheidungen teils in anderer Form betroffen sein können als Männer.

Daher hat die Weltfrauenkonferenz 1995 Gender-Mainstreaming als Strategie zum Abbau von geschlechterspezifischer Ungleichheit empfohlen. Mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags 1999 wurde die Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern bei allen Entscheidungen in der EU zum gesetzlich verankerten Ziel und auch Gewerkschaften bekennen sich zum Gender-Mainstreaming.

Die AfD polemisiert seit ihrer Gründung gegen eine solche Gleichstellungspolitik. Im Europawahlprogramm spricht sie sich klar gegen die gesetzliche Verankerung des Gender-Mainstreamings in den EU-Mitgliedsstaaten aus. »Entsprechende finanzielle Förderungen sind ebenso einzustellen wie etwaige Bestrebungen der EU, den Mitgliedsstaaten eine solche Politik aufzuzwingen«, heißt es dort. Die längst etablierten Instrumente des Gender-Main-

streamings seien »Genderwahn und Gleichmachung von Geschlechtern unter einem ideologisch verbrämten Etikett«.

Sie dienen nach Einschätzung der AfD einzig der Zerstörung der traditionellen Familie.

Fazit

Die AfD lehnt jede Form der Gleichstellungspolitik ab und möchte die mühsam erkämpften Errungenschaften der Frauen- und Gewerkschaftsbewegung aushebeln.

Statt für gleiche gesellschaftliche und politische Teilhabe von Frauen und Männern steht die AfD für eine systematische Zurückdrängung der Frauen aus der Arbeitswelt und aus dem öffentlichen Leben.

Für ein solidarisches Miteinander aller in Betrieb und Gesellschaft – Was kann ich tun?

Für den Umgang mit Rassismus und Rechtspopulismus gibt es kein Patentrezept. Trotzdem hier einige Ideen und Empfehlungen dazu:

Im Betrieb

- Gewerkschaften werben aktiv für ein solidarisches Miteinander.
- Als Betriebsrat muss man seine Aufgaben ernst nehmen. Der Betriebsrat ist für die Vertretung aller Beschäftigten und für die Verständigung zwischen den verschiedenen Gruppen zuständig. Betriebsvereinbarungen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung können hilfreich sein.
- Diskussionen um das Miteinander im Betrieb und um politische Grundpositionen muss man sich stellen.
- Eigene Themen setzen und sich nicht die Themen anderer aufdrängen lassen.
- Zuhören, nachfragen, Gefühle offen ansprechen.

- Die Botschaften zwischen den Zeilen erfassen.

- Die Situation im Auge behalten: Wer hört zu, wer ist von abwertenden Äußerungen betroffen, gibt es überhaupt eine gemeinsame Gesprächsbasis?

- Schutz für Betroffene von menschenverachtenden Äußerungen bieten.

Folgende Schlagabtausche lohnen sich in der Regel nicht:

- Die Auseinandersetzungen mit Totschlagargumenten (»Das war schon immer so« oder »Das kannst du gar nicht beurteilen, du bist zu jung/zu alt...« oder ähnliches.)
- Auseinandersetzungen, in denen Sachargumente und Fakten nicht akzeptiert und nur neue Widersprüchlichkeiten genannt werden (»Das glaube ich einfach nicht.«)

Solche Schlagabtausche kann man mit einer deutlichen eigenen Positionierung abbrechen.

Zum Weiterlesen

IG Metall Vorstand, Ressort Junge IG Metall: »Keine Panik. Ein Themenheft zu Vorurteilen und Gefühlen – und dem Umgang damit.« Frankfurt/Main 2016

ver.di-Landesbezirk Bayern: »Unsere Alternative: Solidarität.« ver.di-Positionen und die AfD. München 2017

Zum Ausprobieren

Argumentationstraining gegen rassistische Äußerungen. Halbtages- oder Tagesworkshop, buchbar beim DGB-Bildungswerk Thüringen e.V., info@dgb-bwt.de

In der eigenen Gewerkschaft

- Gewerkschaften sind demokratische Mitgliederorganisationen. Bringe Dich in die Arbeit Deiner Gewerkschaft ein. Eine Stärkung eigener demokratischer Prozesse macht das Streiten für eine demokratische Veränderung der Gesellschaft glaubwürdig.
- Es gibt eine Menge gesellschaftspolitischer Themen, bei denen Kritik an der vorherrschenden Politik der letzten Jahre angebracht ist. Lass' Dir die eigene Kritik nicht nehmen, Rechtspopulisten haben kein Monopol darauf. Verbinde Deine Kritik mit konkreten gewerkschaftlichen Alternativen auch in Abgrenzung zur AfD.
- Setze in Diskussionen eigene Themen und über-nimm nicht die thematische Engführung der AfD.
- Gewerkschaften haben eigene Werte, die von der Gleichwertigkeit aller Menschen und der Vertretung der Interessen aller Beschäftigten ausgehen. Stärke dieses gewerkschaftliche Selbstverständnis als Solidargemeinschaft aller Beschäftigten.
- Nutze die Angebote zur gesellschaftspolitischen Bildung innerhalb Deiner Gewerkschaft als Ort der Debatte und Selbstvergewisserung. Schlage selbst Themen vor, die Dich interessieren.
- Die Lücke zwischen Arm und Reich wird sowohl in Deutschland als auch global immer größer. Frage nach der sozialen Dimension in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Eine Umdeutung von gesellschaftlichen Konflikten zu Kulturkonflikten steht dem im Weg.
- Viele Menschen mit Migrationshintergrund sind in Gewerkschaften organisiert, 37 Prozent der Vertrauensleute der IG Metall haben zum Beispiel einen Migrationshintergrund. Eine klare Haltung gegen Rassismus und Ausgrenzung ist für Gewerkschaften selbstverständlich.

Zum Weiterlesen

Stöss, Richard: »Gewerkschaften und Rechtsextremismus in Europa.« Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin/Politischer Dialog. Berlin 2017

Dörre, Klaus: »Die national-soziale Gefahr. Pegida, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen, aus: K.-S. Rehberg/Franziska Kunz / Tino Schlinzig (Hg.): Pegida. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und Wende-Enttäuschung?« Analysen im Überblick. Bielefeld 2016

Zum Diskutieren

Die AfD – keine Alternative für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Vortrag buchbar beim DGB-Bildungswerk Thüringen e.V., info@dgb-bwt.de

Gewerkschaften und AfD – Positionen auf einen Blick

DGB-Gewerkschaften	AfD
Entlastung unterer Einkommen, Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 % ab einem Einkommen von 70.000 Euro	Stufenmodell mit einem Spitzensteuersatz von 25 % bereits ab 20.001 Euro
Wir wollen einen handlungsfähigen Staat, einen Sozialstaat als Mittel zur Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums	Schwacher Staat: Reduzierung der Staatsaufgaben und für eine Steuer- und Abgabengrenze
Wiedererhebung der Vermögenssteuer	Abschaffung der Vermögenssteuer
Rente mit 63 für besonders langjährig Versicherte, Anhebung des Rentenniveaus	Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung: damit späterer Renteneintritt
Gute Arbeit braucht klare Regeln und konsequente Kontrollen zum wirksamen Schutz von Beschäftigten	Deregulierung, Bürokratieabbau
Mindestlohn erhöhen und wirkungsvoll kontrollieren	Mindestlohn beibehalten
Für mehr Chancengleichheit in der Bildung, für längeres gemeinsames Lernen und für die Gemeinschaftsschule	Für stärkere Auslese und ein uneingeschränktes Leistungsprinzip, gegen die »Einheitsschule«, und für das dreigliedrige Schulsystem
Freizügigkeit für Menschen und Waren, besserer Schutz für grenzüberschreitend Beschäftigte	Einschränkung der EU-Freizügigkeit und für flächendeckende Kontrollen an den deutschen Grenzen
Mehr Demokratie und sozialer Zusammenhalt in Europa	Weniger Europa
Anerkennung unterschiedlicher Lebensformen und damit für mehr persönliche Freiheit für alle	Stärkung der traditionellen Familie und gegen die Ehe für alle
Für eine Gleichstellungspolitik in Gesellschaft und Arbeitswelt auf allen Ebenen	Ablehnung von Gleichstellungspolitik, die »natürliche Unterschiede« verwischt
Konsequente Anwendung von Antidiskriminierungsgesetzen als Garant für rechtliche Gleichstellung aller Menschen	Ablehnung von Antidiskriminierungsgesetzen
Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Förderung von Hausfrauen und Müttern
Für die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen	Erschwerung von Schwangerschaftsabbrüchen
Demokratische Vertretung von Frauen	Satzungsmäßiges Verbot von AfD-Frauenorganisationen

Impressum

Herausgeber:

IG Metall Bezirk Mitte
Wilhelm-Leuschner-Straße 93
60329 Frankfurt

DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.
Schillerstraße 44
99096 Erfurt

ver.di Thüringen
Schillerstraße 44
99096 Erfurt

Texte und Endredaktion:

Stefan Dietl, Michael Ebenau, Benjamin Heinrichs,
Frank Lipschik, Jörg Meyer, Melanie Pohner

Bilder:

Kai Budler

Layout und Gestaltung:

Claudia Büchling



Diese Broschüre steht unter einer Creative Commons
»Namensnennung-Nicht-kommerzielle-Weitergabe
unter gleichen Bedingungen 3.0 Unported (CC BY-NC-
SA 3.0)«-Lizenz

